Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

13.06.1931 (Nr. 43)

Visual Library

Heute Bilderbeilage.

Einzelpreis 20 Pfg.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 1.12 RM einschließlich Bestellgeld.
Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0.25, auswärts 0,30 RM
Stellengesuche und Familien-Anz. 0.10 RM Kleine Anz. 0.15 RM
Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 43 | Sonnabend | 13. Juni | 1931

Berlin in Nöten.

SPD. verrät wieder die Arbeiterschaft.

Nach den erfolglosen Verhandlungen in Chequers, in denen man die deutschen Minister nur auf den so verhängnisvollen Weg eines Moratoriums verwiesen hat, fallen nun die Parteien über den heimgekehrten Kanzler Brüning her. Besonders die **Deutsche Volkspartei**, die scheinbar auch von ihrem eigenen Außenminister abrücken will, ist in ihrer Fraktionssitzung zu folgenschweren Entschlüssen gekommen, bei deren wirklicher Durchführung zum mindesten eine Regierungskrise fällig ist. Dr. Dingeldey hat mit Brüning sehr ausführlich verhandelt und die Fraktionssitzung der Volkspartei dauerte bis in die späten Nachtstunden. Schließlich wurde beschlossen, für **Einberufung des Reichstages im Aeltestenausschuß zu stimmen,** obwohl der Kanzler damit droht, bei Zusammentritt des Reichstages seinen Rücktritt zu erklären. Nach einer anderen Version soll der Kanzler auch mit **Auflösung des Parlamentes gedroht haben,** während Dr. Curtius unter Protest und in großer Erregung den Verhandlungssaal seiner eigenen Fraktion verlassen hat.

Bezeichnend für die SPD. ist ihre Ablehnung der Einberufung des Reichstages im Aeltestenausschuß. In ihrer Presse ergeht sie sich in wilden Kampfansagen gegen die Notverordnung während sie in Berlin an der entscheidenden Stelle **als einzige Partei** Brüning und seine Notverordnung stützt. Diese Handlung läuft wieder einmal auf einen glatten Verrat ihrer Wähler hinaus.

Wirtschaftspartei gegen Notverordnung.

Der Gesamtverband der Wirtschaftspartei nahm am Mittwoch zur Notverordnung einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Die Notverordnung hat das deutsche Volk bitter enttäuscht. Sie stellt im wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen verhängnisvollen Politik mit Mitteln dar, die der Reichskanzler und die Reichsregierung selbst wiederholt als verfehlt, wirtschaftsfeindlich und als Ursache des deutschen Niederganges bezeichnet haben. Daher fordert die Wirtschaftspartei die sofortige Einberufung des Reichstages und die Aufhebung der Notverordnung. Der Christl. Volksdienst dagegen ist bereit, die unerläßliche Abstellung offensichtlicher Mängel der Notverordnung „einstweilen zurückzustellen". — (!!)

Polen wird frech.

Protest wegen des Breslauer Stahlhelmtages.

Die polnische Regierung hat es für richtig gehalten, in einer förmlichen Note wegen der Stahlhelmkundgebung in Breslau beim deutschen Auswärtigen Amt Einspruch zu erheben. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese dreiste Einmischung in deutsche innere Verhältnisse auf eine Verabredung mit dem Quai d' Orsay zurückgeht, wie ja die herausfordernde Rede Briands am Dienstag schon in diese Richtung hinwies.

Es muß doch sehr verwunderlich erscheinen, daß das Auswärtige Amt **nicht von sich aus der Oeffentlichkeit von dieser neuen polnischen Frechheit Mitteilung** gemacht hat. Erst auf Umwegen und durch Fragen hat man die Tatsache des Eingangs der Note festgestellt, wobei dem Auswärtigen Amt nichts anderes übrig blieb, als die Mitteilung zu bestätigen. In jedem anderen Lande wäre beim Eingang einer solchen Note in anderer Weise verfahren worden, als wie es von seiten des Auswärtigen Amtes geschehen ist. Schließlich muß man sich doch darüber klar sein, daß der Zweck der Note nicht nur ein **grober und unzulässiger Einschüchterungsversuch** ist, sondern es soll uns in aller Eindringlichkeit offenbar bewiesen werden, wie stark wir ringsum eingekreist sind. Bei uns aber schweigt die amtliche Politik **derartige unverschämte Einmischungsversuche** des Auslandes tot in der völlig unberechtigten Hoffnung, es könnte jenseits der Weichsel und des Rheins mit einem Male doch eine freundliche Stimmung für uns aufkommen.

*

Die deutsche Antwortnote, die zur Zeit im Auswärtigen Amt ausgearbeitet wird, wird ausführen, daß sich Deutschland jegliche Einmischung in seine inneren Verhältnisse verbittet und es wird darauf hingewiesen werden, daß die Note um so überflüssiger gewesen sei, als es sich bei dem Stahlhelmtag in Breslau um die Kundgebungen eines privaten Bundes ehemaliger Frontkämpfer gehandelt habe, auf dessen Gebahren die Regierung weder Einfluß habe noch zu nehmen beabsichtige.

SA. marschiert in Bremen.

Am Donnerstag abend marschierte die Bremer SA. durch die Straßen der Stadt, um gegen die Ermordung zahlreicher SA.-Leute, gegen Blutterror und Mordhetze zu protestieren. Die kommunistische Arbeiterzeitung sowie der Antifaschistische Kampfbund, auf dessen Schuldkonto alle die Mordtaten kommen, hatte zu neuen Bluttaten und Gewaltmaßnahmen aufgerufen. Die Protestkundgebung hat trotzdem stattgefunden, unsere SA. ist marschiert, auch wenn sie feiges Gesindel von den Dächern mit Steinen bewarf, auch wenn immer wieder heimtückisch und von hinten Ueberfälle auf einzelne Leute durchgeführt wurden.



WERKTÄTIGE BREMENS!

Heute 20 Uhr marschieren die braunen MORDGESELLEN durch die Strassen von Bremen!

Ihr Marsch-Weg ist:

LOYD-HALLE - BREITENWEG - GEORG-Str. - KAISERBRÜCKE

HOHENTORS-PLATZ

Bereitet diesen Mordbanden einen proletar. Empfang!

Kampfkomitee g.d.Faschismus

Der hier abgebildete Flugzettel mit einer so schamlosen Zeichnung ist am Donnerstag in großen Massen in der Stadt verteilt worden. Wenn es noch eines Beweises bedarf, daß die kommunistische Partei zu politischen Mordtaten aufruft, so ist er mit diesem Flugzettel erbracht.

Aber von nun an gehört die Straße uns und wir werden uns in unseren Propagandamärschen von keinen Terrormaßnahmen abschrecken lassen. Am 5. Juli werden wir wieder marschieren!

Einen ausführlichen Bericht über die Protestkundgebung veröffentlichen wir auf Seite 3 unserer heutigen Ausgabe.

Schäkerei in England.

Brüning auf verlorenem Posten. - Briand lehnt jede Revision ab.

Die ganze bürgerliche Presse ergeht sich noch immer pflichtgemäß in langatmigen Betrachtungen über die angeblich so erfolgreichen Verhandlungen in Chequers und sowohl Herr Brüning wie Herr Curtius hatten bei jeder Haltestation ihrer so triumphalen Rückreise ausgiebig Gelegenheit, ihre besondere Zufriedenheit über ihre Mission zum Ausdruck zu bringen. Ueber die Notverordnung wird kaum noch ein Wort in der Presse verloren und als unser **Parteigenosse Bruns** in Bremerhaven Herrn Brüning allzu unfreundlich mit einer **Hakenkreuzfahne** begrüßte, machte ihn die Schupo mit Gummiknüppeln „kampfunfähig", damit beileibe nicht der im Gefolge des Herrn Brüning reisende amerikanische Botschafter einen schlechten oder sagen wir besser echten Eindruck von dem ihm ausgelieferten deutschen Volk bekommt. So wäre alles in schönster Butter wie man volkstümlich sagt, wenn nicht die böse Auslandspresse mit ihren nüchternen Feststellungen das ganze Kartenhaus der Wilhelmstraße umwerfen würde, wenn nicht obendrein der **Friedensapostel und Sozialist Briand** wieder einmal aus der Rolle gefallen wäre und sich von seiner richtigen Seite gezeigt hätte. Er hat nämlich in der französischen Kammer folgendes wörtlich gesagt:

„Wir werden bestreit sein, aus dem deutschen Volke, wenn auch keine befreundete, so doch eine friedliebende Nation zu machen. (!) Die deutschen Staatsmänner haben mir böse Stunden bereitet, doch lasse ich mich dadurch nicht entmutigen. Die Reichsregierung ist möglicherweise geschwächt. Ich möchte jedenfalls **nicht, daß das Kabinett Brüning durch Nationalisten ersetzt wird.**

„In Bezug auf die Reparationen kann Deutschland seine eigene Auffassung vertreten. Das ist sein Recht. Wir aber haben die unsrige, und man wird die feierlichen Verträge nicht in Frage stellen können, ohne daß wir unsere Zustimmung dazu erteilen. **Der Youngplan kann nicht abgeändert werden, denn er hat einen endgültigen Charakter.**"

Und auch Macdonald ist deutlich von den Zukunftsphantasien der Wilhelmstraße abgerückt und hat im Unterhause erklärt:

„Was den Inhalt der Besprechungen betrifft, habe ich nichts weiter zu erklären, als was in dem Communique stand, das am Sonntag abend während des Besuches der deutschen Staatsmänner in Chequers ausgegeben wurde. Diese Unterredungen hatten, wie beabsichtigt war, die Form eines allgemeinen Gedankenaustausches, und man kam zu keinen anderen Folgerungen und Beschlüssen als den in dem Communique bekanntgegebenen".

Er beruft sich also ausdrücklich auf die internationale Zusammenarbeit, von der in dem Kommunique die Rede ist und von deren Wertlosigkeit wir seit 12 Jahren restlos überzeugt sind. Und nun noch zwei Pressestimmen aus Paris und New York, die die ganze Sinnlosigkeit dieser Schäkerei offenbaren. So schreibt der Temps:

„Die Reichsregierung scheine die Absicht zu haben, weitere Schritte zu unternehmen, indem sie die Fühlungnahme zunächst auf Paris und dann auf andere Länder ausstrecke. Wenn Reichskanzler Brüning tatsächlich diplomatische Schritte dieser Art im Auge habe, so sei es notwendig, daß Deutschland genauere Vorschläge mache. Man werde in Berlin gut tun, über die Worte Briands nachzudenken, die jeden Versuch zu einer Revision abschneiden. Deutschland könne nur zu den Möglichkeiten Zuflucht nehmen, die ihm die Bestimmungen des Youngplanes offen ließen. Der Plan an sich könne keine Abänderungen erfahren und müsse als endgültige Regelung bestehen bleiben.

In den amerikanischen Zeitungen stimmen sämtliche Meldungen in der Feststellung überein, daß die Regierung bei allem Verständnis für Deutschlands schwierige Lage keine Moratoriumserklärung oder Revisionsinitiative vor dem Ende des Sommers erwarte. Die Kundgebung des Reichskabinetts werde in Washingtoner Regierungskreisen eher als für den Hausgebrauch

bestimmte „Verzuckerung der neuen Steuerpille“ denn als unmißverständliches offizielles Revisionsersuchen gedeutet.

Ob nun Brüning und Curtius begreifen, daß man nicht erst 12 Jahre lang besinnungslos Erfüllungspolitik treiben kann, um dann plötzlich auf einer Reihe guter Banketts sozusagen als Höhepunkt der englischen Season die Hungerdiktate des Feindbundes als Nachtisch vertilgen kann. Nutzlose aber kostspielige Schäkerei. -art.

Der betrunkene Minister

auf der Waffenstillstandskonferenz. — Am Tag der deutschen Schande feucht-fröhlich soupiert.

General Mordacq, der militärische Mitarbeiter Clemenceaus, hat den dritten Band seiner Erinnerungen herausgegeben. In diesem Werk schildert er die Kämpfe, die der „Tiger“ bei Durchsetzung seiner Forderungen mit den Alliierten gehabt hat. Was uns besonders interessiert, ist eine bisher unbekannte Begebenheit, die für den Geist der Verkünder der Freiheit, Schönheit und Würde bezeichnend ist.

„Wir erfuhren, so schreibt der französische General, daß einige Mitglieder der deutschen Abordnung die Friedensbedingungen mehr als gleichmütig aufgefaßt hatten. Am Abend der Uebergabe haben sich diese mit einigen Sekretärinnen und Stenotypistinnen eingefunden und feuchtfröhlich soupiert. Einer von ihnen — ein Minister — war so betrunken, daß er in seinen Gemächern laut sang und nichts besseres zu tun hatte, als durch die Korridore zu torkeln und mit den vor den Stuben liegenden Schuhen Fußball zu spielen. Die übrigen Deutschen, die durch das heillose Durcheinander aus ihren Zimmern herausgelockt wurden, versuchten dem Skandal ein Ende zu bereiten. Kaum aber war SE. im Bett, als er aus voller Kehle zu schreien begann: Es lebe Polen! Es lebe Polen.

Graf Brockdorff wurde am nächsten Tage vom Geschehenen unterrichtet. Er war ein Mann von feinen Manieren, hoch gebildet. Er sandte einige Stenotypistinnen und Sekretärinnen, die an dem Gelage teilgenommen hatten, nach Deutschland zurück. S. Exzellenz gegenüber war er leider machtlos.

Soweit Mordacq. Wer war dieser Vertreter der neudeutschen Republik? Ein Zentrumsmann? Deutsche, seht Euch Eure Führer an! So sehen die Verkünder der Schönheit und Würde aus! Widerwärtig und würdelos. E. F. Kuhn, Mettmann.

Claus Heim ins Celler Zuchthaus überführt.

Celle. Die im Altonaer Bombenleger-Prozeß verurteilten holsteinischen Bauern werden ihre Strafe im Celler Zuchthaus zu verbüßen haben. Nach einer Meldung aus Itzehoe sind die verurteilten Angeklagten Claus Heim, Johnson und Schmidt auf Kraftwagen nach hier überführt worden. Somit werden die traurigen Befürchtungen also erfüllt. Deutsche Bauern, die aus Liebe zu Volk und Scholle, der anständigen Bevölkerung bewiesen haben, daß sie sich nicht ohne Kampf entwurzeln und besitzlos machen lassen, wandern ins Zuchthaus. Es ist dies ein typisches Bild für die Wandlung der Justiz. Früher war es so, daß man gemeinen Verbrechern ohne langes Federlesen den Kopf vom Rumpf trennte, heute gründet man Debattierklubs um den Kopf eines Massenmörders.

— aber wir sind religionsfeindlich!

Aus Anlaß der Elternratswahlen in Thüringen erläßt unsere in Weimar erscheinende Tageszeitung „Der Nationalsozialist“ folgenden Aufruf:

„An alle christlichen Eltern!
Heraus zum Kampf um die Elternräte

Mit aller Kraft gilt es jetzt, für einen **überwältigenden Sieg der christlich-unpolitischen Liste** bei den Elternratswahlen am 7. Juni zu arbeiten.

Christliche Eltern in Thüringen! Um was geht es in diesem Kampf? Gegen marxistische Demagogie und Volksvergiftung!

Rettet die Volksschule, die von dem Geiste der Gottlosigkeit besonders bedroht ist, vor dem Ruin!

Zucht und Ordnung muß wieder in unsere Schulen einziehen.

Hinter der Liste „Schulfortschritt“ versteckt sich die Religions- und Bildungsfeindlichkeit der Sozialdemokratie und der proletarischen Freidenker.

Christliche Eltern Thüringens! Laßt Euch nicht täuschen! In Wirklichkeit vertritt die Liste „Schulfortschritt“ nur marxistische, sozialdemokratische Interessen.

Tretet den Verwirrungsmanövern der SPD. und der Liste „Schulfortschritt“ überall tatkräftig entgegen!

Sonntag, den 7. Juni, ist Elternratswahl. Sie muß zu einem Massenprotest der Elternschaft, vor allem auch der Arbeitereltern, gegen die Schulpolitik der roten Parteien und des ehemaligen sozialdemokratischen Volksbildungsministers Greil werden.

Heraus mit dem Geist der Gottlosigkeit und Zuchtlosigkeit aus unseren Volksschulen! Christliche Eltern, erwacht!

Auch ihr christlichen Arbeitereltern, die die SPD. mit besonderer Vorliebe für ihre religionsfeindlichen Ideen einzufangen bemüht ist, erwacht! Gebt der religions- und kirchenfeindlichen Sozialdemokratie bei den Elternratswahlen die einzig richtige Antwort!

Die Kampfparole lautet: Keine Stimme der sogenannten Liste „Schulfortschritt“! Alle Stimmen den **Christlichen Listen!“**

Das „fromme“ Zentrum hört und sieht so etwas nicht. Stramm hält es die Lüge von unserer Religionsfeindlichkeit aufrecht. Geht selbst aber nach wie vor mit den Roten durch Dick und Dünn.

Wir fordern Einberufung des Reichstags

und Aufhebung der Notverordnung.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei faßte am 4. Juni 1931 folgende Entschließungen:

1. Der Terror marxistischer Mörderbanden gegen Angehörige rechtsstehender Organisationen, insbesondere gegen Nationalsozialisten, hat in den letzten Wochen unter der Herrschaft der Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg vom 28. März „zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ jedes Maß überschritten. Selbst bürgerliche Blätter, die bisher grundsätzlich von marxistischen Mord- und Gewalttaten kaum Notiz nahmen, mußten in diesen Tagen nach der Ermordung mehrerer Stahlhelm-Mitglieder feststellen, daß seit der genannten Verordnung nicht weniger als 15 deutsche Männer — in Wirklichkeit sind es noch weit mehr — durch das organisierte marxistische Untermenschentum ihr Leben verloren haben.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß sich in der deutschen Bevölkerung immer mehr die Ueberzeugung verbreitet, daß die für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Polizeibehörden weder den Willen noch die Kraft haben, die marxistische Mordpest insbesondere durch Verfolgung der geistigen Urheber und Anstifter der Verbrechen (vergleiche deren Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“) wirksam zu bekämpfen, und daß die Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg im Vollzug und in ihrer Wirkung tatsächlich zum Schutze politischer Ausschreitungen marxistischer Verbrecher und zur Unterdrückung der nationalen Opposition dient.

Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion erachtet es für ihre Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und die Reichsregierung auf die hierüber von Tag zu Tag wachsende ungeheure Erbitterung nationaler Kreise aufmerksam zu machen, die sich schutzlos diesen Verbrechern ausgeliefert fühlen, und macht sie für alle daraus mit Notwendigkeit entstehenden Folgen schon heute verantwortlich.

2. Die Reichsregierung hat in der Gewißheit, abermals die Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten zu erlangen, eine neue volksfeindliche und verfassungswidrige Notverordnung vorbereitet, die neue Lasten auf das gequälte deutsche Volk häuft und sogar von einer Verschlechterung der Lage der Aermsten der Armen, der Erwerbslosen und der Kriegsverletzten, nicht zurückschreckt, nur um weiter dem Tributmoloch Milliarden über Milliarden in den unersättlichen Rachen werfen zu können.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei legt gegen diese neuen, angeblich der Sanierung der Reichsfinanzen dienenden Maßnahmen der Reichsregierung feierlich Verwahrung ein, weil sie nur zur weiteren Verelendung der werktätigen Massen des deutschen Volkes und zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen, und verlangt zum Zweck ihrer Aufhebung die sofortige Einberufung des Reichstags.

Juni

18

Mitglieder-Versammlung

Centralhallen

20.30 Uhr

Eintritt nur gegen Mitgliedskarte

Deutsches Gold für London.

London, 10. Juni. „Financial News“ zufolge hat Deutschland eine zweite Goldsendung nach London verschickt. Die Gesamthöhe stellt sich auf rund 40 Millionen Mark. Das Blatt bemerkt dazu, daß bei einer Besserung der Währungslage das Gold wieder zurückgezogen werden soll. (??)

Wir erfahren hierzu weiter, daß die Spannung am Devisenmarkt die Reichsbank gezwungen hat, in recht erheblichem Maße Goldexport vorzunehmen. Die Golddepots in Paris und London von 70 bezw. 20 Millionen Reichsmark sind völlig abgestoßen, vorsorglich hat die Reichsbank sie in stärkerem Maße aufgefüllt, so daß die ausländischen Golddepots insgesamt von 207 auf 259 Millionen gestiegen sind. Der tatsächliche Goldabfluß beträgt 90 Millionen. Darüber hinaus ist der Bestand an deckungsfähigen Devisen um 73 Millionen zurückgegangen, so daß insgesamt ein Gold- und Devisenabfluß von 163 Millionen stattgefunden hat. Da Devisenverkäufe erst nach zwei Tagen abgerechnet werden und die Lage sich in den letzten Tagen nicht geändert hat, dürften die jetzt vorliegenden Ziffern bereits überholt sein.

Schädlinge der Handwerker.

Von einem Monat zum anderen, ja von Woche zu Woche wird das deutsche Volk auf Besserung vertröstet. Seit Jahren stellen sich die gepriesenen Erleichterungen als Schwindel dar. So hatte man vom grünen Tisch die eine „Ankurbelung“ für die Frühlingsmonate prophezeit und ganz kluge Finanzmänner in Reich, Länder und Kommunen errechneten schon den Steuerüberschuß. Die Gewohnheit bringt es eben so mit sich, daß man heute nicht nur die anderen, sondern sogar sich selbst betrügt, betrügen will, denn sonst müßte man die Konsequenz ziehen und abtreten.

Besonders hart war das Ausbleiben der vorausgesagten Belebung für das deutsche Handwerk, das im Mai nicht einmal den Anschein des üblichen Saisongeschäftes spürte. Vor allem fehlte es nahezu völlig an lohnenden Aufträgen. Selbst das Schneider- sowie das Putzmacherinnenhandwerk, die unter dem Einfluß der Jahreszeit und der schönen warmen Witterung vermehrte Aufträge zu verzeichnen hatten, berichteten übereinstimmend, daß der wirtschaftliche Ertrag sehr gering ist, da nur bei stark gedrückten Preisen ein Absatz möglich ist. Allenthalben macht sich das Fehlen größerer Aufträge unangenehm bemerkbar. Die Ursachen hierfür sind noch die gleichen wie in den Vormonaten. Die Betriebe in ländlichen Gegenden klagen über die Zurückhaltung der Landwirtschaft bei der Erteilung von Aufträgen, und in den Städten bleibt das Darniederlegen der Bauwirtschaft und die schlechte Lage der Industrie für den Geschäftsgang zahlreicher Handwerksbetriebe bestimmend. Mit einer wirksamen Belebung der Bautätigkeit ist in diesem Jahre auch kaum noch zu rechnen. Darüber hinaus droht die völlige Einstellung des Wohnungsbaues, da Staat und Gemeinden die Gelder nicht mehr aufbringen können. Hinzu tritt die unglaubliche Tatsache, daß vom Staate größtenteils die Bauarbeiten an Arbeiterproduktionsgenossenschaften vergeben werden. Ein unglaublicher Bankerott des Handwerks, der besonders unter dem roten Nürnberger Bürgermeister Luppe betrieben wird. Zu der allgemeinen Notlage des deutschen Handwerks tritt also noch der örtliche Boykott durch parteipolitische Interessenkämpfe. Wie lange soll der deutsche Handwerker diesen zermürbenden Kampf noch aushalten müssen?!

Kleine Nachrichten.

Italien hat das Wort. Der italienische Politiker Grida schnitt im halbamtlichen „Giornale d' Italia“ die Tributfrage an. Die Formel, die er aufstellt, lautet: „Wenn jeder Staat auf das Mehr an Reparationen verzichten würde, das über die Deckung seiner eigenen Reparationen hinaus von Deutschland erhält, so könne er seinen Verpflichtungen nachkommen, gleichzeitig aber den deutschen Finanzen eine beachtliche Hilfe leisten.

NS.-Kurier beschlagnahmt. Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 wurde die Mittwochsausgabe des NS.-Kuriers, der württemberg. nationalsoz. Tageszeitung, verboten. Den Stein des Anstoßes fand die Polizei in einem Artikel, in dem der Mißerfolg der Brüning- und Curtiusreise nach England festgestellt wurde. Dieser Aufsatz soll beleidigende Ausdrücke enthalten. haben.

Anerkennenswerte Schnelligkeit. Bekanntlich kam es in Berlin anläßlich des Breslauer Stahlhelmtages verschiedentlich zu politischen Zusammenstößen bei denen der 62 Jahre alte Stahlhelmmann August Hahn von dem 18 Jahre alten Kommunisten Willi Unruh erschossen wurde. Nachdem etwa 14 Tage verflossen sind, hat die Staatsanwaltschaft endlich die Voruntersuchung gegen Unruh wegen Mordes beantragt.

Wieder ein Grubenunglück. Auf den Neuroder Kohlen- und Tonwerken bei Neurode ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch ein Kohlensäureausbruch. Die sofort eingesetzten Rettungsaktionen sind bisher leider ohne Erfolg geblieben. Lediglich 6 Tote konnten geborgen werden.

Straßenkampf in Spanien. In Barcelona versuchten die Syndikalisten sozialistische Arbeiter in den Streik zu hetzen. Die Sozialisten weigerten sich der Streikparole zu folgen. Daraufhin griffen die Syndikalisten zu den Waffen und schossen auf die Widerspenstigen. ein. Der Erfolg blieb dann nicht aus. 11 Schwerverletzte wurdenn von der Polizei, die zu Pferd mehrmals gegen die Menge vorgehen mußte, festgestellt.

Ring der totgeborenen Kinder. In linksradikalen Blättern wurden bereits vor einiger Zeit Stimmen laut, die von einer Verschmelzung von Staats- und Wirtschaftspartei munkelten. Nun wird weiter gemeldet, daß zwischen der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und den Volkskonservativen schon seit Wochen Verhandlungen über einen Zusammenschluß im Gange wären. Die Hauptstützen des neuen Bürgerbreies sind der Reichsfinanzminister Dietrich und sein konservativer Kollege Treviranus.

Seldte und Düsterberg vefrurteilt. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich am Donnerstag die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seldte und Oberstleutnant a. D. Düsterberg, sowie der verantwortliche Redakteur der Zeitung „Der Stahlhelm“ Wilhelm Kleiner, wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und wegen Beleidigung zu verantworten. Der Prozeß drehte sich um einen Artikel, der am 18. Jan. d. J. in der Stahlhelmzeitung erschienen war, und in dem man eine Verächtlichmachung des Staates erblicken wollte. Das Urteil lautete für die beiden Stahlhelmoberführer je 100 RM., während man dem verantwortlichen Redakteur Kleiner RM. 300.— Geldstrafe zudiktierte. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Staat durch den Artikel ungeheuer gekränkt worden wäre. Armer Staat.

Oldenburg gegen Notverordnung

Die ersten Sitzungen des neuen Landtags - Nationalsozialistischer Präsident - Bedeutsame Anträge und Anfragen - Die ersten Erfolge.

Oldenburg, den 10. Juni 1931. Der am 17. Mai 1931 neugewählte Landtag trat heute vormittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Während früher von dem Landtagsbeginn allgemein kaum Notiz genommen wurde, herrschte jetzt schon in den Morgenstunden verstärkter Verkehr, der sich gegen 10 Uhr morgens noch steigerte. Besonders starker Andrang herrschte bei unserer Gaugeschäftsstelle. Eine große Anzahl unserer Kämpfer aus Stadt und Land wartete auf den Augenblick, in dem unsere

Neunzehn-Männer-Fraktion im braunen Ehrenkleid

unter der Führung unseres alten Kämpen **Carl Röver** die Gaugeschäftsstelle zum Marsch nach dem Landtage verließ. Dem Zuge der braunen Kolonne schlossen sich viele Freunde an; und unter Heilrufen und Winken vollzog sich der Einmarsch in den Landtag. Hier waren die Tribünen bereits überfüllt;

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Für den Abg. Eichler werden 34 Stimmen, für den Moskowiter 3 Stimmen abgegeben. **Elf Zettel sind unbeschrieben.** (SPD.) Damit ist unser

Heinrich Eichler zum Landtagspräsidenten

gewählt. Der neue Präsident übernimmt sofort sein Amt und verspricht, dasselbe unparteiisch zu führen.

Nach den Wahlen gibt das Staatsministerium

Regierungserklärung

ab:

„Der Ausfall der Wahlen hat das Bild des Landtages erheblich verändert. Die Parteien, die das jetzige Staatsministerium gewählt haben, bilden die Minderheit. Für das Staatsministerium kam daher in Frage, ob es nicht mit Rücksicht auf den Wahlausfall seinen Rücktritt erklären sollte. Das Staatsministerium hat davon abgesehen, dies zu tun.

Es ist die Auffassung des Staatsministeriums, daß es als Beamtenministerium, welches gegenüber keiner Partei politische Bindungen eingegangen ist, und für welche keine Partei die politische Verantwortung trägt, die Pflicht hat, die ihm übertragene Aufgabe weiter wahrzunehmen; es sei denn, daß der Landtag anderweitige Beschlüsse fassen will. Es erschien dem Staatsministerium umso notwendiger, die Stellungnahme des Landtages abzuwarten, da nach dem Ausfall der Wahlen es als recht zweifelhaft erscheinen muß, ob der Landtag überhaupt in der Lage ist, ein neues Ministerium zu wählen. Es konnte nach Erachten des Staatsministeriums nicht dem Interesse des Landes dienen, daß das Staatsministerium durch Erklärung seines Rücktritts der Stellungnahme des Landtages vorgriff."

Es werden dann von unserer Fraktion folgende Anträge und Anfragen eingebracht:

Dringlichkeitsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Gesetz für den Freistaat Oldenburg ber. Anstellung und Besoldung der Mitglieder des Staatsministeriums vom 4. Juli 1919 in der Fassung der Abänderungsgesetze vom 10. August 1920, 26. Mai 1924 und 17. Juni 1930 wird wie folgt geändert:

1. **Das Wort „zwei" im Paragraph 1 des Gesetzes wird durch das Wort einen ersetzt.**
2. **Im Paragraph 2 wird das Jahresgehalt der Mitglieder des Staatsministeriums von 18 000 RM. in 12 000 RM. geändert.**

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, unverzüglich einen Abänderungsvorschlag des Besoldungsgesetzes vom Jahre 1927 dahingehend dem Landtage zu unterbreiten, daß die Gehälter der oberen Beamten des Freistaates Oldenburg den geänderten (s. den ersten Antrag) Jahresgehältern der Mitglieder des Staatsministeriums staffelweise angepaßt werden.

Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, den Gemeinden des Freistaates Oldenburg aufzugeben, die Gehälter ihrer leitenden Beamten, die in ihrer Besoldung derjenigen der oberen Beamten des Freistaates Oldenburg entsprechen, den geänderten Gehältern für die oberen Beamten des Freistaates anzupassen. Bei dem Bestehen besonderer Anstellungsverträge sind die Gemeinden anzuhalten, durch gütliche Vereinbarung zwischen den Vertragspartnern die Anpassung der Gehälter wie oben geschildert, zu erreichen.

Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, der Regierung in Birkenfeld aufzugeben, den zweiten Regierungsrat abzubauen.

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, sofort bei der Reichsregierung zu fordern, daß in den „Schuldurkunden und Eintragungsbewilligungen nebst Antrag" der Deutschen Siedlungsbank Berlin und der Heimbank A. G. Berlin N. 24 Monbijouplatz 3 der Satz

„Diese Zinsen erhöhen sich unter Umständen auf 14 vom H. jährlich"

und die Bestimmung

„zur sofortigen Zwangsvollstreckung"

gestrichen wird.

Abg. **Böhmcker** (Natsoz.) richtet an die Staatsregierung schließlich noch folgende

Anfrage:

„Welche Stellungnahme hat der Herr Ministerpräsident bei der Besprechung der Ministerpräsidenten über die kürzliche

Notverordnung

eingenommen? Hat er die Notverordnung gutgeheißen? Erkennt er im Falle der Zustimmung die verheerenden Auswirkungen in sozialer, kultureller, wirtschaftlicher Beziehung an? Ist er bejahendenfalls bereit, von der Notverordnung abzurücken und zu erklären, daß er sie jetzt nicht mehr billige? Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung sofort die Aufhebung der Notverordnung zu fordern und wann wird dieses Verlangen gestellt?"

Am anderen Tage nimmt der Landtag

Brüning = Notverordnung

beim Wickel. Namens der Staatsregierung gibt Ministerpräsident Cassebohm folgende Erklärung ab:

„Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 ist erlassen, ohne daß die Länderregierungen derselben zugestimmt haben. Der **Reichsrat** ist mit der Notverordnung nicht befaßt worden. Bei der Besprechung der Reichsregierung mit dem Ministerpräsidenten der Länder lag die Notverordnung noch nicht im Wortlaut vor. Die Besprechung hatte wesentlich informatorischen Charakter. Die Gründe, aus denen die Reichsregierung sich zur Notverordnung gezwungen sah, und die Hauptgrundzüge ihres Inhalts wurden dargelegt. Eine Billigung derselben ist von der Reichsregierung nicht gefordert und auch von den Länderregierungen nicht erteilt. Die Bedenken, die in wirtschaftspolitischer, staatspolitischer, sozialpolitischer und kultureller Hinsicht gegen die Bestimmungen geltend zu machen sind und von den Ländern hervorgehoben wurden, wurden von der Reichsregierung nicht verkannt. Nach ihrer Erklärung konnte sie diesen Bedenken jedoch nicht nachgeben, da das Reich sich in einer Notlage befinde, die zu den geforderten Opfern zwinge.

Die Sanierung der Reichsfinanzen bei dem zu erwartenden erheblichen Defizit, die Sanierung der Arbeitslosenhilfe und der sozialen Versicherung, die Sanierung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden sei unaufschiebbar. Die Reichsregierung müsse diese Opfer fordern, wenn sie ihr Vorhaben auf eine Revision des Youngplanes mit seinen untragbaren (Nanu, bei der Annahme hieß es doch ganz anders! D. Schriftl.) Tributlasten zu dringen, mit Erfolg durchführen wolle. Die Reichsregierung müsse sich dessen bewußt sein, daß, wenn das Reich in Zahlungsschwierigkeiten gebracht würde, dieses nur verhängnisvolle Folgen in jeder Hinsicht haben könne. Die Reichsregierung hat die alleinige Verantwortung für die Notverordnung übernommen.

Die Staatsregierung ist bereit, wenn der Landtag einen entsprechenden Antrag auf Zurücknahme der Notverordnung stellen sollte, diesen Antrag der Reichsregierung weiter zu geben. Sie kann sich jedoch unter den bestehenden Umständen von einem derartigen Antrage keinen Erfolg versprechen. (!) Daß die Notverordnung als geltendes Reichsrecht auch in Oldenburg zur Durchführung kommt, ist selbstverständlich."

Nach der Pause nimmt gleich der

Abg. Böhmcker (Natsoz.) das Wort. Er weist darauf hin, daß unsere Fraktion gestern der Staatsregierung vorläufige Duldung ausgesprochen habe. Die N. S.-Fraktion müßte aber ihre Erklärung von der Stellungnahme der Staatsregierung zur Notverordnung abhängig machen. Um Klarheit zu schaffen, stellten wir die Anfrage. Die Erklärung der Regierung befriedigt uns nicht. Wir beantragen

der Regierung das Vertrauen zu versagen.

Ministerpräsident Cassebohm nimmt die Reichsregierung gegen Angriffe unseres Abg. Röver in Schutz und meint, **die Gründe der Reichsregierung, die zur Notverordnung führten, müsse man anerkennen.**

Abg. **Herzog** (Natsoz.) setzt sich in sehr wirkungsvoller Weise mit den Vertretern der Youngparteien auseinander. Er hielt eine Standpauke, die sie sich nicht hinter den Spiegel stecken werden.

Wenn Sie nicht den Mut besitzen, für ihre Fehler einzustehen, dann treten sie ab. Die Oldenburgische Regierung muß sich grundsätzlich umstellen. Neuwahlen fürchten wir nicht.

Abg. **Böhmcker** (Natsoz.) setzt die Generalabrechnung mit schneidiger Klinge fort. Er hat das Ohr des ganzen Hauses. Redner stellt fest, daß die Oldenburgische Staatsregierung sich auf den Boden der Notverordnung gestellt hat. Wir tun ihr also mit unserem Mißtrauensantrag kein Unrecht. Es muß Schluß gemacht werden, mit der Notverordnungspolitik.

Alles fließt heute in ein Faß ohne Boden.

Wenn Brüning das nicht ändern kann, gut, dann soll er abtreten. Wir wollen Ordnung und kein Chaos. Der Reichsregierung wollen wir zeigen

Oldenburg macht nicht mehr mit.

Präsident Eichler gibt noch einige Vorlagen und Eingänge bekannt und vertagt sodann die Sitzung auf den kommenden Dienstag 10 Uhr. Es erfolgt dann auch die Besprechung unseres Mißtrauensantrages.

Stadttheater.

Mozart: Die Zauberflöte.

Aus all den dichterischen Unzulänglichkeiten und Banalitäten des Textbuches der „Zauberflöte" dringt sieghaft der sittliche Grundzug, die uralte Idee des Kampfes zwischen Finsternis und Licht, zwischen Ormuzd und Ahriman, hervor, jene tiefe Symbolik, die später einem Geist wie Goethe die Dichtung Schikaneders reizvoll erscheinen ließ und ihn zu einer Fortsetzung veranlaßte. Aber trotzdem wäre das Textbuch dem Schicksal der vielen Zauberspiele verfallen und in Vergessenheit geraten, hätte nicht Mozarts Genius es durch seine Musik durchgeistigt und ihm einen geradezu überirdischen Glanz verliehen. So wurde es durch die Wunder der Mozartschen Klangphantasie das zeitlose Märchenspiel und Hohelied auf die Verbrüderung der Menschen, eine Verklärung von Vergänglichkeit und Tod.

In der letzten Aufführung der „Zauberflöte", die im Mozartzyklus stattfand, verabschiedete sich Lars Boelcke von den Bremer Theaterbesuchern. Der überaus herzliche Beifall am Schluß der Vorstellung, und die immer wieder erneuten Hervorrufe werden dem scheidenden Künstler gesagt haben, welcher Sympathien er sich bei seinen Hörern erfreut, denen er so oft durch seinen Gesang und seine schöne, vornehme Darstellungskunst genußreiche Stunden bereitet hat. Wir wünschen dem strebsamen und so oft bewährten Künstler nicht ein otium ad multos annos, sondern recht bald eine seinem Können entsprechende neue Wirkungsstätte. Die stille Größe des die wahre Menschenliebe verkündenden Sarastro brachte Fritz Schweinsberg vor allem in der Darstellung überzeugend zum Ausdruck. Die Gestalt des naiven, triebhaften Naturburschen Papageno erfüllte Heinrich Percy mit Frische und Lebendigkeit, die Stimme klang leicht und flüssig. Vornehm sang Theo Thement den Sprecher, eine bekannt gute Leistung boten Willy Birkenfeld als Monostatos, Tilly Lüssen als gefiederte Partnerin Papagenos. Klanglich schön abgestimmt war das Terzett der drei Damen (Magda Almo, Lena Held und Grete Pense), sowie die Gesänge der Knaben (Ada Mühlbach, Manny Bremer und Ilse Ihme) und der Geharnischten (Lipmann und Kasper). Mia Tofflowa vom Stadttheater Kiel sang die Königin der Nacht mit teilweise gutem Gelingen, ein zweiter Gast Ly Betzau erfreute als Pawina durch ihre ausgezeichneten Stimmmittel, die den Wunsch rege werden ließen, die Sängerin einmal als Elsa oder Elisabeth zu hören. Die weihevollen Chöre erhöhten die mystische Stimmung im Reiche Sarastros, und das Orchester intergentierte unter Karl Dammers hingebungsvoller Einfühlung in den musikalischen Stil der „Zauberflöte" eindringlich die Schönheiten dieses Werkes, mit dem der Meister in Form und Inhalt, Welt- und Kunstauffassung einer den Italienern und Franzosen ebenbürtigen nationalen Kunst die Richtung gewiesen hatte.

W. Eilers.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)
Fraktion Osten.
Sprechstunde: Jeden Dienstag 19.30 bis 20 Uhr in der Geschäftsstelle.

Organisation:

Die Funktionärausweise, die bisher angestellt wurden, werden hiermit für ungültig erklärt. Die S. F. haben dieselben bis zum 20. d. Mts. einzuziehen und neue Ausweise schriftlich anzufordern.

Der Organisationsleiter.

Film Oldenburg:

Anforderungen für die Vorführung sind schriftlich nur aan die Geschäftsstelle zu richten.

Sektion Westen.

Der Sektions-Führer West ist jeden 1. und 3. Dienstag eines Monats auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, zwischen 7½ und 8½ Uhr abends zu sprechen.

Sektion Habenhausen.

Der Sektions-Führer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt.

Der Sektions-Führer Neustadt ist jeden Montag und Dienstag abend von 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Mitte.

Sprechstunden des Sektionsführers am ersten und dritten Montag jeden Monats von 20 bis 21 Uhr auf der Parteigeschäftsstelle.

Sektion Schwachhausen: Ersten und dritten Montag von 8 bis 9 Uhr abends auf der Parteigeschäftsstelle.

Sektion Findorff.

Mitgliederversammlung Montag, 15. Juni, 20.30 Uhr im alten Lokal. Besonderes Programm. Alles erscheint, auch SA.

Sektion Huchting.

Der Sektionsführer ist jeden ersten Montag eines Monats in seiner Wohnung zu sprechen.

S.A. (Sturmabteilung).
Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 9—13 und 15—19 Uhr.
Sonnabends 10—14 Uhr.

N. S. D. Ärztebund.
Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

NSLB. (Nationalsozialistischer Lehrerbund).

Anmeldungen zum Nationalsozialistischen Lehrerbund werden jeden nachmittag (außer Sonnabend) auf der Parteigeschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, entgegengenommen.

Kriegsbeschädigte.

Der Obmann für Kriegsbeschädigtenfragen ist jeden Donnerstag in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr abends auf der Geschäftsstelle zu sprechen.

Deutscher Frauenorden.
Geschäftsstelle Pelzerstraße 12-13.
Zusammenkunft alle 14 Tage Mittwochs.
Nächste Zusammenkunft Mittwoch, den 10. Juni 1931, in den Pappelstuben (Ecke Bach—Rathenaustr.), nicht im Magdeburger Hof.

Sprechzeit: Dienstags v. 10 bis 1 Uhr, Freitags 4 bis 7 Uhr.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).
Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

Verantwortlich: Politik (Reichs- und Bremische): Hanskarl von Sichart; für Lokales und Bewegung: Johannes Claus; für Feuilleton: Heinz Wegener; für den Anzeigenteil: C. A. Gildner; sämtlich in Bremen. — Druck und Verlag: Ad. Jsensee, Oldenburg. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Familien-Nachrichten

Verlobte: Hermann Lutterkort u Thea Puderbach. Karl Busch und Hildegard Armerding. Friedrich Koldewey u. Agnes Norddruch. Sina Keßler u. Walter Meyer. Karl Schuhmacher u. Anita Fortmann.

Vermählte: Georg Michaelsen u. Frau Wilma, geb. Baars. Reinhd. Grbe u. Frau Elisabeth, geb. Köhler Fritz Wehrmann u. Frau Abra, geb. Schmidt. Franz Mommers u. Frau Clara, geb. Reinknecht. Karl Henning n. Frau Else, geb. Humann. Heinz Lienhard u. Frau Lisa, geb. Westrup. Heinz Hoyer u. Frau. Heinz Hoye u. Frau Alwine, geb. Lührs.

Geborene: Fritz Schnaars u. Frau Minna, geb. König (Mädchen). Hanz de Borchers u. Frau Elisabeth,(Knabe) Leopold Strauch u. Frau Magdalene, geb. Garbade (Mädchen.) Werner Naumann u. Frau Trude, geb. Markensen (Mädchen.) Wilhelm Lüdeke u. Frau Elsa, geb. von Oehsen (Knabe) Georg Stiering u. Frau Luise, geb. Altemeier (Knabe.)

Verstorbene: Adeline Heuermann geb. Dohrmann im 82. L. Otto Härtel im 72. L Hermann Meier im 69. L. Carl Tiefte im 59. L. Reinhold Wettig. Wilh Fasmers im 33. L. Lina Stehmeier geb. Bothe im 55. L. Julius Klein im 79. L. Käthe Hartmann im 19. L Dora Steinhagen im 68. L. Anni Stöver im 21. L. Marie Friederichs im 60 L. Anna Lentz geb. Rasch im 53. L. Wilhelm Peters im 83. L. Caspar Menke. Auguste Freye geb. Wolf im 76. L. Aler Schonlau im 63. L. Ernst Lankenau im 35. L. Heinrich Siemers im 52. L. Homboldt Rumpel im 69. L. Luise Rauh im 62. L Helene Cornelius im 53. L.

Stadttheater.

Heute, 20 Uhr, **203. Ab.-Vorst.**
Ende ungef. 23 Uhr
Letzte Vorstellung im Lortzing-Zyklus:
Der Waffenschmied
Sonntag, 19.30 Uhr, **204. Ab.-Vorst.**
Ende ungef. 22.45 Uhr
In neuer Inszenierung
und neuer Ausstattung!
Zweite Vorstellung im Mozart-Zyklus:
Figaros Hochzeit
Montag, 20 Uhr, Geschlossene Vorstlg. für den Beamten-Bildungs-Ausschuß
Ende ungef. 22.30 Uhr
Charleys Tante
Dienstag, 20 Uhr, **205. Ab.-Vorst.**
Ende ungefähr 22.30 Uhr
Martha
Mittwoch, 20 Uhr, **206. Ab.-Vorst.**
Ende ungefähr 22.30 Uhr
Die Entführung aus dem Serail
Donnerstag, 15 Uhr, geschlossene Vorstellung für die Erwerbslosen
Donnerstag, 20 Uhr. **207. Ab.-V.**
Ende ungef. 22.30 Uhr
Charleys Tante
Freitag, 19.30 Uhr, **208. Ab.-Vorst.**
Ende ungef. 22.30 Uar
Letzte Vorstellung im Mozart-Zyklus
Don Juan
Ende der Winterspielzeit.

Winkelmann-Uhren
genaue Zeit
D. 29718 **Papenstr. 17**

Den guten Maßanzug?
Nur von
Pg. Rud. Steinke jetzt Goethestr. 28
Reelle Preise. gar. guter Sitz

Bremer Land Radio
Auf den Häfen 83
Komplette Radio-Anlagen
Sprechapparate Schallplatten

Nur Lützowerstraße 76
Handschuhe f. Damen u. Herren in Leder u. Stoff. Gr. Auswahl in Oberhemden, Krav., Socken etc.
HUGO WEBER Wwe. Tel. Rol. 6428

Fahrräder Radio
Sprechapparate
Reparaturwerkstatt
Fahrradhaus
Otto Löblich
Wallerheerstr. 71. Tel. Rol. 8828.
Günstige Zahlungsbedingungen

Herren-Frisier-Salon
Marktstr. 20 und Petristraße
Erstkl. schnelle Bedienung
Solide Preise
H. Kobbenbrink
Arbeitslose Parteigenossen gegen Ausweis halbe Preise

Grinzing-Garten
Dienstag, den 16. Juni
3. Konzert
des Bremer Philharmonisch. Blas-Orchester, nachm. 4-7 Uhr, abends 8—11.30 Uhr
Eintritt nachmittags 20 Pfennig
abends 30 Pfennig
Abonnementskarte für 12 Konzerte 2,50 Mark

Empfehle meine Ochsen- u. Schweineschlachterei
ff. Wurstwaren
Sehr mild ges. Schweinefleisch zum braten und kochen vorzüglich geeignet und preiswert.
Pg. Ernst Steuber,
Haferkamp 79, Tel. Rol. 3877

Siegfried Walter
Triumph
Schokoladen - Fabrikate
China-Teeimport
Findorfstr. 24 Rol. 10391

In
2½ Jahren
1118 finanzierte Bau-Darlehen
218 „ Hyp.-Darlehen
im Gesamtwerte von
17 Millionen Mark
RING DER BAUWIRTE

Dauerwellen
garant. ved. Beschädigung noch Verfärbung der Haare! — keine Hitzebelästigung!
Höchstleistg. der Arbeit! Zeitgemäße Preise!
Damensalon Link
Am Wall 141. Am Wall 141.
Eingang nur unter der Normaluhr!

Echt Ammerländische Schinken
und Fleischwaren empfiehlt
Pg. Harbert A. Ulland
Bad Zwischenahn i. O.

Die zinslose Tatbewegung!
RING DER BAUWIRTE
Zinslose Darlehn für Eigenheim-Bau und Hypotheken-Ablösung.
Auskunft durch:
Bau- u. Wirtschaftgem.
e. G. m. b. H., Bremen, Martinistr. 12

Patent Gebrauchsmuster- und Warenzeich.-Anmeldg für In- u. Ausland durch Patent-Ingenieur
Otto Fritsch, Klosterstr. 2-5 a. d. T.

Fahrräder
vom Billigsten bis zum Besten
Ersatzteile für alle Fabrikate
Reparaturwerkstatt
O. P. Grunitz, Steintor 36

Molkereiprodukte
Butter Eier Käse Wurstwaren
Pg. L. Schreiber
Verkaufsstand: Domshof (Hauptreihe) u Hohentorsheerstr. 103

Gutschein!
Gültig für Kleine Anzeigen bis 6 Zeilen. Für diesen Gutschein erhalten Sie
eine Anzeige
unter Mieten u. Vermieten, Kaufges., Kaufangebote, Stellenmarkt etc. in der Größe von 6 Zeilen bei Zuzahlung von nur 50 Pfennig.
Gültig bis zum 30. Juni 1931.

Betten, Aussteuer-Artikel
Damen- und Herrenwäsche
Damen- und Kinderstrümpfe
Herren-Socken, Unterwäsche
Kurzwaren // Handarbeiten
Pg. Georg Löbe
Lützowerstrasse 85/87. Telefon 10260.

Decken Sie Ihren Bedarf
bei unseren Inserenten

Otto Conradt
Großschlachterei und Fleischwarenfabrik.
ff. Bockwurst, Gornedbeef, sow. alle Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen
Falkenstraße 35a
Fernruf Roland 5693

Stellengesuche

27-jähr. Kaufm. (Parteigenosse) Bilanzsicherer Buchhalter, Stenotachm., flotter Korrespondent, erfolgreich. Verkäufer, organisat. befähigt. Engl. u. span. Sprachkenntn. seit 6 J. in gr. Exporthaus sucht sich zu veränd. Kaution 15 Mille. Offerten unter F. 115 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu vermieten.

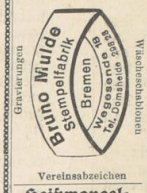
Kl. möbl. Zimmer St. Pauli-Straße 41. 1
Gut möbliert. Zimm. Woltmershauserstr. 128 2

Zu verkaufen.

Neue Konzertzither billig. Sodenstich 39. 1

Verschiedenes

Qualitäts-**Vollmilch** (tief gefühlt) frei Haus. Pg. Kretschmar Brinkum, Bremerstr 7



Heißmangel-Plätterei
Plätten die Std. 1.90
Abhol. u. bringen frei
Block, Lessingstr. 10

Rundf.-Radio für 4 Röhren 25.— RM. bar, bess. A. E. G mit 30.- M. Anz. u. 3.- M. Raten. **D. Fangmeier,** St. Magnusstr. 21, Bremen

Unterricht.

Englisch Spanisch
Monatlich 3 Mk.
Sprachlehr. Arnold
Arsgaritorstrasse 5.

20% Rabatt
auf sämtliche
Damenhüte
bei
Bewie Pelzerstr. 4

20 Frauen
zuverl., zum Austragen unserer Zeitung
gesucht.
Frauen von Parteigenossen bevorzugt.
Meldung. auf der Geschäftsst. d. B. V. 3.
Bahnhofstraße 26. 2

Ausverkauf
wegen Geschäftsverlegung
Stores, Gardinen, Stoffe
Eggers vorm. **Haake**
Knochenhauerstraße 15

Nationalsozialist!
Werbe für dein Kampfblatt

Gaststätten-Verzeichnis

Rudolf Kaps-Betriebe
am Hauptbahnhof
Regina das zeitgemäße Haus
Kabarett und Kaffeehaus
Grinzing zum Heurigen
der Wiener Stimmungsbetrieb
Tivoli Spiel-Kaffee
CASANOVA die vornehme Tanzbar

FEDDEN
Die führende Vergnügungsstätte d. Ostens
Café - Tanzpalast - Bar
Clubräume

Klinkerhaus
Bürgerl. Küche / Gut gepflegte Getränke
Hotelzimmer - Einheitspreis 4.50 Mk.
einschl. Frühstück und Bedienung
Tischtennis — Klubzimmer

München **Pension Bristol**
Schwanthalerstrasse 51 Inh. K. Stöttner
2 Minuten vom Hauptbahnhof
Behagliche, saubere Zimmer
Solide Preise, mit u. ohne Pension

Besucht Bremens führende Vergnügungsstätten:
ASTORIA
Cabaret Theater Varieté
Sehenswürdigkeit
Nur Künstler und Kapellen von Weltruf
Abend- u. Nacht-Programm
Jeden Mittw. Sonnab. u. Sonntag
4 UHR TANZ-TEE
mit großem Programm

ATLANTIK TANZPALAST
Das behagliche stimmungsvolle Cabaret. Tägl. 2 Künstlervorführg. - 4 Uhr Tee u. 8½ Uhr
Kein Weinzwang Eintritt frei
Bier-Bar Alt-Wien
Rheinterrassen
Atlantik-Kaffee
Bremens schönstes Konzertkaffee ab 4 Uhr
große Künstlerkonzerte erstklassiger Kapellen

Reichsadler
Tägl. Konzert und Gesellschaftstanz
Bis 4 Uhr geöffnet!
Spez.: Hühnersuppe u. Mocturtle in Tassen

Ostertor-Klause Café Hübscher
Täglich KONZERT
Bis 4 Uhr nachts geöffnet!

Magdeburger Hof
a. d. Weide 46/48
Hotel und Restaurant

Heisternest beliebtes Ausflugslokal für Fußgänger, Radfahrer und Wassersportler. — Restauration — Ia Fremdenzimmer — Volle Pension 4.— RM. Bootslagerung
Inhaber: **Pg. Siedenburg,** Telefon Oeffentliche Niederblockland

S. A.-Aufmarsch verboten?

Der Polizeipräsident von Bremen hat auf Grund der kommunistischen Ausschreitungen am Donnerstag abend alle politischen Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten. Damit ist unser SA.-Aufmarsch gefährdet. In der gestrigen Bürgerschaftssitzung stand ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion zur Verhandlung, der die sofortige Aufhebung dieses Polizeierlasses fordert.

Bürgerschaft.

Zu der von uns geforderten Auflösung der bremischen Bürgerschaft wegen ungesetzlicher Zahl ihrer Mitglieder hat der Senat seine gegenteilige Rechtsauffassung der Bürgerschaft mitgeteilt. Er betont dabei unter anderem folgendes:

„Die Auflösung und Neuwahl kann nach § 17 der Verfassung nur von der Bürgerschaft selbst beschlossen oder im Wege des Volksentscheids nach §§ 18 und 53 Abs. 4 erwirkt werden. Die Auflösung durch die Bürgerschaft selbst muß von wenigstens einem Viertel ihrer Mitglieder beantragt und mindestens eine Woche vor der beschließenden Sitzung der Bürgerschaft allen Mitgliedern und dem Senat mitgeteilt, sowie von der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft beschlossen werden. Diese weitgehenden verfassungsmäßigen Sicherungen gegen Zufallsbeschlüsse und die Einwirkung einer Minorität auf die Auflösung würden wirkungslos bleiben, wenn es einer Partei möglich wäre, durch den Rücktritt ihrer Fraktionsmitglieder und den Verzicht der auf ihrer Wahlvorschlagsliste stehenden Ersatzmänner die Auflösung der Bürgerschaft zu erzwingen mit der Begründung, daß sie nicht mehr die verfassungsmäßige Zahl von Mitgliedern habe."

Auch eine Ergänzung der Zahl durch Nachschub von einer anderen Liste hält der Senat für ungesetzlich und kommt so zu dem Beschluß, daß die Bürgerschaft mit 119 Mitgliedern verfassungsmäßig weiterarbeiten kann.

Raschen bleibt sitzen!

Nach Eröffnung der Sitzung begrüßt der Präsident das neue Mitglied der Bürgerschaft Wilhelm Gütte (NSDAP.) Gleichzeitig wird eine Senatsvorlage bekanntgegeben, die sich mit der neuen Mitgliedszahl der Bürgerschaft befaßt und zu dem oben wiedergegebenen Standpunkt kommt. Große Heiterkeit löst ein Antrag von Prof. Dietz aus, der alle Versammlungen, Kundgebungen und Umzüge auf den öffentlichen Straßen und Plätzen verboten wissen will. Als Schriftführer wird Pg. Haltermann in das Präsidium gewählt. Zu ernsten Sturmszenen kommt es bei der Besprechung eines nationalsozialistischen Flugblattes, daß sich in Bremerhaven sehr entschieden gegen jüdische Warenhäuser und Konsumvereine wendet. Dafür soll Pg. Retzlaff gerichtlich belangt werden. Pg. Pfeiffer weist entschieden die aus der Luft gegriffenen Behauptungen zurück. Die Immunität wird nicht aufgehoben, desgleichen nicht die des Kommunisten Eichentopf. Es wird dann der Fall Raschen behandelt, der wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung inhaftiert wurde. Der Oberstaatsanwalt hat die Zeugenaussagen zur Verfügung gestellt, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß Raschen mit einem Spazierstock auf die schon verletzten Stahlhelmer eingeschlagen hat. Raschen selbst gibt eine schriftliche Schilderung, die in ihrer Lügenhaftigkeit große Heiterkeit auslöst. Wir kommen darauf noch zurück. Während die SPD. für Aufhebung des Haftbefehls ist, sprechen sich die Nationalsozialisten dagegen aus. Der Haftentlassungsantrag wird abgelehnt.

Die Schulgelderhöhung ist angenommen.

Glaspalastskandal und Bremer Nachrichten.

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir von den empörenden Vorfällen bei dem Münchener Brande des Glaspalastes, dessen Ausbruch ungefähr 20 Minuten vor Ausfahrt des Löschzuges von Nationalsozialisten, und zwar mehrfach mündlich und telefonisch gemeldet wurde. Wir sehen in dieser Meldung keine besondere Tat, sondern eine selbstverständliche Pflicht, die eben zufällig Nationalsozialisten ausüben konnten. Sein politisches Gesicht bekommt der Vorfall erst durch das Verhalten der Feuerwehr, die die dringlich vorgetragenen Meldungen einfach nicht glaubte, weil man es nicht wahr haben wollte, daß Nationalsozialisten die erste Brandmeldung überbrachten. Diese ungeheuerliche Einstellung ist uns Beweis dafür, wie weit die Verhetzung gediehen ist, auf deren Schuldkonto diesmal die Vernichtung zahlloser Kunstwerke kommt. Auch die Bremer Nachrichten entrüsten sich über die Fahrlässigkeit der Münchener Feuerwehr, ohne dabei um ein Deut besser oder politisch sachlicher zu sein wie die schuldigen Beamten in München. Sie geben in allen Einzelheiten die verschiedenen Alarme unserer Parteigenossen wieder, unterschlagen aber ihren Lesern, daß es sich um Nationalsozialisten handelt, reden mühsam um die nun einmal nicht wegzuleugnende Tatsache herum, weil sie es auch nicht wahrhaben wollen, daß es sich um Nationalsozialisten handelt. Damit offenbaren jedenfalls die Bremer Nachrichten nunmehr selbst ihre Zugehörigkeit zu der Presse, die durch ihre Hetze und unsachliche Berichterstattung den Haß großgezogen haben, dem seit dem 24. Mai zehn Menschen zum Opfer gefallen sind, der in diesem Falle die Münchener Feuerwehr an der Vernichtung des Glaspalastes schuldig werden ließ.

Die Straße frei den braunen Bataillonen.

Die Protestkundgebung in Bremen.

Der Nationalsozialismus marschiert. Jeden Tag wird eine neue Stellung erobert. Jeder Schlag gegen unsere Gegner bringt uns neuen Sieg, jeder Sturm fällt verdorrte und verkümmerte Bäume des verderbenden Marxismus und rüttelt die Volksgenossen zu tätiger Mithilfe am Aufbau eines neuen Deutschland der nationalen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit auf.

S.A. marschiert! Die Straße frei! Wir protestieren gegen Brüder- und Meuchelmord und gegen die Notverordnung.

Mit Lüge und nochmals Lüge hetzt die Arbeiter-Zeitung noch am Mittag des Aufmarschtages u. a. mit folgenden Worten:

„Die NSDAP. hat berufsmäßige, gutbezahlte Arbeitermördergarden von Hamburg, Hannover, Berlin und Dortmund nach Bremen geholt."

Abends treten bei der Lloydgepäckhalle 300 Mann Bremer S.A. an.

Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge umringte sie und begleitete den Marsch zum Hohentorsplatz.

In der Georgstraße kam der Zug an der Stahlhelm-Geschäftsstelle vorbei. Von der Freitreppe rief Kapitän Hinsch unseren Braunhemden ein dreifaches Frontheil zu, in das die dort versammelten Stahlhelmkameraden begeistert einstimmten.

Jenseits der Kaiserbrücke kam es dann zu den ersten Anrempelungen, die aber Dank der Disziplin der S.A. und der Umsicht der Schutzpolizei im Sande verliefen. An der Ecke des Hohentorplatzes riß die Meute einen Polizeibeamten zu Boden und schlugen auf ihn ein. Schneidiges Eingreifen von einigen herzueilenden Beamten — und das großmäulige Untermenschentum stiebt unter wohlverdienten Gummiknüppelhieben in wilder Flucht davon.

Auf dem Platz wird die S.A. mit Pfeifen und Johlen empfangen, aber die Polizei hält die Horden in Schach.

Viele Tausende haben in Bremen auf einen solchen Aufmarsch gewartet.

Freudiges Heilrufen bei unseren Freunden und Parteigenossen, Gejohle und Pfeifen bei den Gegnern.

Die rote Meute will nachdrängen, sie tobt, schreit mit wutverzerrten Gesichtern! Nur hohle Schlagworte! Sie sind sich nicht darüber klar, in welche Lage sie durch die Hetze ihrer verantwortungslosen Führer gedrängt werden.

Pg. Thiele, M. d. R., unser Ortsgruppenführer, eröffnet die Kundgebung mit einem energischen Protest gegen Mordgesindel, Notverordnung und die verfassungswidrige Bürgerschaft.

Wir verlangen Auflösung und Neuwahl der Bürgerschaft.

Alsdann spricht Pg. Leister, M. d. R., Nienburg, zu den Volksgenossen. Wir senden keine Proteste ab, sagt er, die nur ein verächtliches Lächeln hervorrufen. Wir appellieren an das deutsche Gewissen. **Die Verbündete der Mordbanditen riß die Nacht.** Nur feige aus dem Hinterhalt führen sie ihre Angriffe. Der Tag der Rache naht. Kommt zu Hitler! Bis heute haben wir uns nur verteidigt, wehe, wenn man uns weiter angreift. Die Entscheidung des deutschen Volkes wird in unserer Hand liegen. Sehe jeder zu, daß er seines großen Führers würdig ist.

Beifall brandet auf und die Moskaujünger schreien ihre einstudierten Sprechchöre, die nicht einmal organisiert sind, so daß sie nicht zu einer Störung unserer Kundgebung werden können.

Mit Blumen in der Hand als Erkennungszeichen laufen die Antreiber von Reihe zu Reihe, anfeuernd, hetzend.

Da tritt das **Steinwerferkommando** in Tätigkeit. Große Steine, die besonders für diesen Zweck mitgebracht sind, werden in den Ring geschleudert, sie versuchen vorzudrängen. Aber ganze 9 Mann der berittenen Schutzstaffel genügen, um eine wirksame Absperrung vorzunehmen, zu der sonst mindestens eine Hundertschaft erforderlich wäre. Die rote Meute orüllt und schreit nach ihren geistigen Waffen.

Pg. Heidemann-Trier bringt die Nationalsozialistische Bewegung auf die Formel, welche Admiral Scheer einmal aufstellte:

Ein Weg, ein Ziel, eine Tat.

Bald haben zum letzten Male die roten Fahnen über Deutschland geweht. Wir bleiben legal, aber wenn die Roten glauben sollten marschieren zu müssen, **dann hängen auch wir unsere Legalität an den Nagel.**

Pg. Karwane, M. d. R., Hannover, findet warme Worte für die verführten deutschen Volksgenossen, die nur alle unsere Liebe verdienen. Aber das in Mordkolonnen organisierte Untermenschentum erachtet es nur als seine Aufgabe, seine eigenen Arbeitsbrüder zu vernichten.

Auf die aufs neue gröhlende und steinwerfende Kommune zeigend, die ob ihrer Heldentaten von der Polizei zurückgedrängt wird, sagt Karwahne wirkungsvoll:

Seht, Volksgenossen, die Weltrevolution ist auf dem Rückmarsch. Wenn das heutige System nicht in der Lage ist, anders als durch Notverordnungen der Zustände Herr zu werden, hat es keine Existenzberechtigung mehr. Von den internationalen Gaunern und Ausbeutern befreit uns aber nur Adolf Hitler.

Die Begeisterung ist noch nicht abgeebbt, als auch schon die S.A. zum Rückmarsch angetreten ist.

Wutschnaubend begleitet den Zug rotes Mordgesindel. Fanatischer Haß, wie ihn nur eine jeder Sachlichkeit entbehrenden Verhetzung hervorrufen kann, spricht aus den Zügen dieser Verirrten.

Am Deich, wo man eine Möglichkeit hat, sich zurückzuziehen, wird der Mob dreister.

Steine hageln in den Zug, die Meute tobt.

Sie vergreift sich zum zweiten Male an einem Polizeibeamten. Einer unserer Tambours bricht, von einem schweren Stein am Kopf getroffen, zusammen, einem Schupowachtmeister erelt dasselbe Geschick. Aber auch hier zeigte die bremische Schutzpolizei, daß sie der Lage ist, Ordnung zu halten.

An allen Straßenecken stand in drohender Haltung die Kommune, Verabredungen treffend, später die einzeln nach Hause gehenden S.A.-Leute zu überfallen.

Als die wenigen auswärtigen S.A.-Leute am Bahnhof abschwenkten, folgte ihnen die Meute, es kam zu kleineren Schlägereien, aber die Polizei räumte auch hier sofort auf.

Auf welch gemeine Weise die Mordkommune arbeitet, ersah man daraus, daß einigen dieser Banditen nach einer Prügelei im Breitenweg drei große Küchenmesser abgenommen und der Polizei übergeben werden konnten.

Von den Rembertihallen auf den Häfen wurde unser S.S.-Führer Kulenkampf in Begleitung einiger seiner Leute zusammengeschlagen, so daß er schwere Kopfverletzungen davontrug.

Sinnlos vor Wut, rissen die rote Horde die eisernen Sielrosten aus der Straße heraus, zertrümmerten diese und bewarfen die S.A. mit den Stücken.

Leider haben eine ganze Anzahl unserer braven S.A.-Leute und auch eine erhebliche Anzahl unserer Polizeibeamten größere Verletzungen davongetragen.

Hier sei noch einmal die tadellose Haltung der Polizei und besonders der berittenen Staffel erwähnt. Am Donnerstag abend konnte sich die Bremer Bevölkerung davon überzeugen, welcher Widersinn darin liegt, die berittene Staffel auflösen zu wollen.

Trotz der Bremer Nachrichten behaupten wir, daß der beabsichtigte Erfolg unserer Kundgebung voll und ganz erreicht wurde und allein schon deswegen, weil jeder auch noch so Fernstehende anerkennen mußte, daß die Störenfriede des öffentlichen Lebens nicht wir Nationalsozialisten, sondern die roten Mordbanditen sind.

Am 5. Juli kommen wir wieder! —s—

Eine feine Berichtigung.

An die Bremer Nationalsozialistische Zeitung!

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung Ihre in Nr. 40 ihres Blattes enthaltenden Notiz über die Rückkehr eines nationalen Vereins aus Breslau „Sind hier noch Republikaner?"

Richtig ist, daß ich als unbeteiligter Vorübergehender von ca. 10 Angehörigen des Vereins angegriffen wurde und im weiteren Verlauf an die übrigen Anwesenden die Frage richtete: Sind hier auch Republikaner?

Unrichtig ist dagegen, daß, wie es in dem fraglichen Artikel heißt, „alles stumm blieb".

Es fiel auch nicht das von Ihnen wiedergegebene Scherzwort: „Wo („Wo vom Verfasser im Manuskript gestrichen). Vielmehr traten zwei Herren sofort mitten durch die mich umringenden Chauvinisten (Chauvinisten im Manuskript vom Verfasser gestrichen) Vereinsangehörigen an mich heran und stellten sich mir in dankenswerter Weise als Zeugen zur Verfügung.

Wolfgang Weichberger
Referendar.

Herrn Weichberger scheint das Wort „Stahlhelm" und der mit ihm verbundene Begriff des deutschen Frontsoldaten ebenso peinlich wie unbekannt zu sein, daß er in krampfhaft gesuchter Umschreibung von der Rückkehr „eines nationalen Vereins" spricht.

Im übrigen scheint Herr Weichberger folgenden Vorfall zu meinen:

Die Ortsgruppe Schwachhausen marschierte vom Kriegerdenkmal geschlossen bis zum Wall—Ecke Sögestraße. Hier ließ der Gruppenführer einschwenken und die Stahlhelmkameraden brachten ein begeistertes Front Heil auf den so glänzend verlaufenen Bundestag in Breslau aus. Das gab dem Referendar Weichberger Gelegenheit, den Stahlhelm mit Pfuirufen zu beschimpfen. Er glaubte wohl im Gedränge schnell verschwinden zu können, aber die empörte Menge behielt ihn im Auge bis ein Stahlhelmer ihm eine Ohrfeige gab. Diese Ohrfeige ist als eine Erwiderung auf eine plumpe Beleidigung der großen Stahlhelmorganisation anzusehen, während Herr Weichberger als unbeteiligter Vorübergehender von 10 Leuten angegriffen worden sein will.

Da wir für den ersten Vorfall eine hinreichende Zahl Zeugen zur Verfügung haben, kommen wir zu dem Schluß, daß Herr Weichberger scheinbar einen ganz anderen Fall meint, über den wir garnicht berichtet haben und so erübrigt es sich, auch noch auf die anderen Mutmaßungen einzugehen.

Haake-Beck das **deutsche Qualitätsbier**

Für 1 RM. ein fabrikneues Auto! Zu sehen ist der schöne Wagen, ein Brennabor-Juwel im Werte von RM. 5680.—, im Laden der Brennabor-Werke im Tivoli! Der Wagen ist der erste Hauptgewinn der vom Verein der Saal- und Konzertlokalinhaber von Bremen aus Anlaß der hier stattfindenden Tagung des Bundes der Saalinhaber Deutschlands veranstalteten, von der Polizeidirektion genehmigten Lotterie. Beschert Fortuna den „Juwel" nicht dem, der schon von baldigen schönen Fahrten in ihm träumt, so kann er noch auf den im Opelturm an der Bahnhofstraße ausgestellten funkelnagelneuen Opelwagen im Werte von RM. 3445.— rechnen, der den zweiten Hauptgewinn darstellt. Auch in ihm fährt sich's gut! Auch er wird auf ein Los für RM. 1.— den Gewinner beglücken. Der heutigen eilenden Zeit entsprechend, sind ferner als dritte und vierte Gewinne, das schwere Motorrad Triumpf, Sport, Wert RM. 1425.— und das leichtere Imperial, Wert RM. 925.—, angekauft worden. Beide Maschinen erregen im Schaufenster der Bremer Kraftfahrzeug-Zentrale Karl Meier, Düsternstraße, die allgemeine Aufmerksamkeit, besonders bei der motorradfreudigen Jugend. Wer mehr Gewicht als auf sausende Fahrt auf die Häuslichkeit legt, der richte fest seinen, das Glück beflügelnden Sinn auf einen der übrigen Gewinne, auf das elegante Herrenzimmer im Schaufenster der Möbelfabrik von H. Schulze, Ostertorsteinweg oder auf das von der Firma Grüttert, Sögestraße, zur Schau gestellte 164teilige Silberne Besteck, das künftig als wertvoller Silberschatz den Stolz einer Hausfrau bilden wird. Dauernde und große Freude werden ebenfalls die herrlichen Kunstgegenstände und die praktischen schönen Tafelgeschirre erregen, die im Schaufenster der Vereinigten Werkstätten, Obernstraße, allseitige Bewunderung finden. Wer schenkt sie der Gattin oder der Braut für eine einzige Mark? Mit dem Vertrieb der Lose ist begonnen, sie sind bei allen Saalinhabern Bremens zu haben.

Deutscher Kolonialverein, Ortsgruppe Bremen.

Die Versammlung vom 9. Juni 1931 war reichlich ausgefüllt mit den Betrachtungen der politischen Lage, dem Bericht über die Helgoländer Tagung und dem angekündigten Geschichtsvortrag. Weit über den Mitgliederkreis hinaus ist bekannt, daß man im DHV. etwas hört über die politische Lage, ihre Auswirkungen, Befürchtungen, Hoffnungen. Daher die gespannten Fragen: Was wird, was ist von Genf, was von Chequers zu erwarten? Werden wir ohne Inflation und ohne schwerste innere Erschütterungen den nächsten Winter erleben, werden in Deutschland die Parteien, in Europa die Völker die Vernunft wahren? Oder sollen innerer Hader und Welt- und Geldgier das letzte noch Bestehende zerstören? Die Diskussion beantwortet die Fragen selber. — Obl. z. See a. D. Schultz berichtete: Helgoland hat gezeigt, daß Parteien und Verbände im besten Einvernehmen einen gemeinsamen großen Gedanken zu pflegen im Stande sind und das kleine Inselvolk möge dem Festlande zum Vorbild dienen mit der treudeutschen Gesinnung, die sich in diesen Tagen betätigt hat. Für die Jugend sprach Herr Disch und führte aus: Ein Vertreter eines befreundeten Verbandes aus Hamburg hat in begeisterter Rede am Schlußabend sich bedankt: Die koloniale Tagung habe sich zu einer Hochschulwoche entfaltet. Daran anknüpfend bittet die Jugend im DHV. um Veranstaltung einer Schulungswoche mit anschließenden Leseabenden für den kommenden Winter. Vors. Rendemann hielt dann seinen Vortrag, in dem er — kurz und klar umrissen — das Werden und Vergehen, das Kolonisieren, das Wachsen und Wiedersinken der Völker in zwei Jahrtausenden, angefangen bei den Phöniziern über Griechenland und Rom bis auf das heutige Portugal, Spanien, Holland schilderte. Es entrollte sich das Bild Englands, sein gewaltiges Emporwachsen als Erfolg einer zielbewußten Belehrung und Aufklärung des Volkes vom Lehrstuhl aus, durch Presse und Literatur. Die Germanen treten auf, ihre Leistung, der Wogengang der deutschen Geschichte. Immer war es der eigene Zwist, genährt von fremdem Neid und fremder Machtgier, der Deutschland immer, wenn es eine Höhe erklommen hat, herunterreißt.

Geschichte mahnt zur Erkenntnis, Geschichte lehrt, ermuntert, feuert an. Sie ist das beredte Buch, aus dem endlich wir Deutschen in letzter Stunde lernen müssten, wenn wir nicht blindlings ins Verderben hineinrennen wollen. Mag draußen die Welt ihr Wesen treiben, Deutschland darf nicht untergehen. Der alte Wahrspruch der Weltgeschichte: Seefahrt ist not, Kolonisation ist not, ist heute so wahr wie je, und der DHV. ist der Hort, ihn zu pflegen.

Nächste Versammlung ist Anfang September. Juli und August fallen wegen der Ferien aus. —

RUNDFUNKPROGRAMM

Gleichbleibende Tages-Einteilung der Wochentage.
Von 5.45 Uhr bis 15.00 Uhr.

5.45 Zeitangabe.

5.50 Wetterbericht und Landwirtschaftsmeldungen.

6.45–8.00 Schallplattenkonzert.

6.55 Wetterbericht.

7.00 Zeitangabe.

8.00 Wetterbericht. Funk der Hausfrau.

12.10 Wetterdienst.

12.20 Börsenfunk.

12.40 (Nur Montags) Bremer Futtergetreidemarkt.

12.55 (Außer Sonntags) Nauener Zeitzeichen.

14.05 Nachrichtendienst.

14.45 Schiffahrtsfunk.

15.00 Börsenfunk.

Sonntag, den 14. Juni 1931.

7.00 Bremer Hafenkonzert. Norag-Frühkonzert auf dem Bremer Freihafen. Das große Geläute vom Bremer Dom. — 8.25 Jiu-Jitsu. — 8.40 Wirtschaftliche Zeitfragen. Privatschiffer auf Ober- und Niederelbe. — 9.30 Festgottesdienst aus der St. Marienkirche, Lübeck. Aus Anlaß der 400 Jahrfeier der Reformation in Lübeck. — 11.00 Das Studium der Techniker an der Technischen Hochschule einst und jetzt. — 11.30 Bachkantate Nr. 76. — 12.30 Das deutsche Lied. Kundgebung auf dem Marktplatz in Goslar. — 13.10 Kleines Konzert. Ausgeführt vom hannoverschen Norag-Orchester. — 14.10 Lieder und Songs. — 15.00 Sommerspiel. — 15.30 Klavierkonzert. Gertrud Trenkttrog, Flensburg. — 16.00 Das Mikrophon beim Kinderspiel. Erlauschtes vom Funkheinzelmann.“ — 16.30 Militär-Gartenkonzert in Hagenbecks Tierpark. In der Pause: Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft. 2. Halbzeit. — 18.30 Die musikalische Feierstunde. Die Musik in England zur Zeit Shekespeares und deren Beziehung zu Deutschland. — 19.30 Nordwestdeutsche Städte und ihre Sportanlagen. II. Hannover. — 20.00 Fest im Sommer (in Bad Harzburg). — 22.00 Nachrichtendienst. — 22.20 Aktueller Dienst. — 22.30 Tanzfunk des Scarpa-Orchesters.

Montag, den 15. Juni 1931.

6.45 Frühkonzert. — 11.00 Hundertjahrfeier der technischen Hochschule, Hannover: Festakt in der Stadthalle. — 12.30 Aus meiner landw. Praxis: Die Bienen sind eifrig bei der Arbeit. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Neue Schallplatten der Woche. — 16.00 Ein faustischer Maler. Ein Besuch im Atelier Professor Arthur Illies. — 16.30 Deutsche Jugendstunde. — 17.10 Das altbremische Handwerk. — 17.35 Nil und Niger, zwei Hauptströme Afrikas. — 18.00 Eine Nacht am Postamt, am Brennpunkt des Weltverkehrs. — 18.20 Aus der Stadthalle in Bremerhaven: Blasmusik. — 18.55 Aus dem Hamburger Stadt-Theater: Lohengrin. — 22.45 Nachrichtendienst. — 23.00 Aktueller Dienst. — 23.10 Konzert im Café Wallhof.

Dienstag, den 16. Juni 1931.

6.45 Frühkonzert. — 7.10 Brunnenkonzert aus Bad Rennkdorf. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Norag-Orchesters. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskoonzerts. — 16.15 Joachim Maaß erzählt vom unbekannten Portugal. — 17.15 Gartenkonzert im Uhlenhorster Fährhaus. — 18.15 Die bunte Stunde. — 19.00 Mit Zirkusleuten auf der Wanderung. — 19.25 Ein neues Afrika im Werden. — 20.00 Tragikomische Helden. — 21.00 Edvard Grieg-Konzert. — 22.20 Aktueller Dienst. — 22.30 Unterhaltungskonzert.

Mittwoch, den 17. Juni 1931.

6.45 Frühkonzert. — 11.15 Musikalischer Schulfunk: Sommerlieder mit Instrumenten. — 12.15 Englischer Schulfunk. — 13.15 Kategorische Imperative. — 14.20 Schallplattenkonzert. — 16.15 Fra Diavolo. Eine Opernparodie in Reimen von Hans Hansen. — 17.30 Ueber die Stellung des Handwerks in Konjunktur und Wirtschaftskrisen. — 17.55 Stunde der Werktätigen. — 18.10 Die bunte Stunde. — 19.00 Fußball-Länderkampf Deutschland—Schweden in Stockholm. — 21.00 Bremer Stunde. — 22.00 Nachrichtendienst. — 22.20 Aktueller Dienst. — 22.30 Konzert im Café Continental. — 23.15 Konzert im Restaurant Ostermann.

Donnerstag, den 18. Juni 1931.

6.45 Frühkonzert. — 7.10 Morgenkonzert aus den Bremer Wallanlagen. — 9.00 Aus dem Leben in Staat und Gemeinde. — 11.15 Deutschkundlicher Schulfunk. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Norag-Orchesters. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Deutsche Jugendstunde. — 16.40 Schweizer Volks- und Jodellieder. — 17.40 Ernstes und Heiteres aus dem Luftverkehr. — 18.05 Die bunte Stunde. — 19.00 Englisch für Fortgeschrittene. — 19.30 Blutgruppenbestimmung und ihre Bedeutung. — 20.00 „Geprüfte Liebe“. — 20.30 Aus Bad Pyrmont: Sinfoniekonzert. — 22.00 Nachrichtendienst. — 22.20 Aktueller Dienst. — 22.30 Konzert im Restaurant Ostermann. — 23.15 Konzert im Georgs-Palast.

Freitag, den 19. Juni 1931.

6.45 Frühkonzert. — 7.10 Brunnenkonzert aus Bad Rennkdorf. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Norag-Orchesters. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Peter Flamm liest aus seinem Roman: „Ich will leben“. — 17.30 Niedersächsische Frauen im deutschen Geistesleben (2). — 18.10 Die bunte Stunde. — 19.00 Die Arbeit der Arbeitslosen. I. Arbeitslosigkeit der Jugend und unsere pädagogische Aufgabe. — 20.00 Ursendung! Ose von Sylf. Plattdeutsches Hörspiel. — 21.00 Unterhaltungskonzert. — 22.00 Nachrichtendienst. — 22.20 Aktueller Dienst. — 22.30 Konzert im Café Wallhof. — 23.15 Tanzfunk im Trocadero.

Sonnabend, den 20. Juni 1931.

6.45 Frühkonzert. — 11.30 Wochenend. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Norag-Orchesters. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. —

Die alte Burg.

Roman von J. Jobst.

(1. Fortsetzung.)

„Dann kam die große Not!“ Der Alte schrie es laut hinaus. „Das trieb ihn fort.“

„So war's, Herr Graf,“ rief Christine von der Tür zur Antwort. „Sechs Jahre war der liebe Junker nur als Gast auf der Burg.

„Und jetzt?“

„Es geht doch Botschaft von Mund zu Mund, Herr Graf!“ raunte die Mamsell dicht am Ohr des Herrn und sah sich dabei scheu um.

Graf Rother hob stumm den Finger und sah die Getreue mit beredten Augen an.

„Ein Bote kommt zur Nacht,“ murmelte sie weiter.

„Von wem die Meldung?“

„Vom Wassermüller. Er gab das Zeichen.“

„Wann?“

„Um Mitternacht am Turm.“

„Weiß Weller Bescheid?“

„Ja.“

Die beiden hatten es nicht acht, daß sich die Tür leise zu einem Spalt öffnete. Christine hatte das Frühstück während des Gesprächs zierlich auf dem Tisch geordnet und wandte sich der Tür zu, die sich wieder lautlos geschlossen hatte.

„Was will der Herr Magister?“ schallte jetzt ihre helle, wohlklingende Stimme laut zu ihrem Herrn hin, der sich gerade über die Spiegeleier hermachte. „Warum läßt Er sich nicht melden?“

„Herr Weller war nicht zu finden, Mamsell Christine,“ sagte der Magister und suchte an ihr vorbei in das Zimmer zu schleichen, doch sie drängte ihn energisch zurück mit den Worten: „Wenn der Herr Graf gefrühstückt hat, werde ich ihn melden.“

Es dauerte eine geraume Zeit, bis die Mamsell wieder bei ihrem Herrn eintrat, um das Geschirr abzuräumen und sich Bescheid zu holen.

„Was will der Frantzmann?“

„Er sagte es nicht, Herr Graf. — Ob er was erlauscht hat?“

„Unmöglich! Dem Weller werde ich aber auf den Kopf kommen. Unangemeldet kommt mir hier niemand wieder herein. Dafür ist die Amtsstube da und die Sprechstunde. So ein Schleicher. Sicher wieder ein Befehl von den feigen Speichelleckern, die sich vor dem Korsen bücken. Sie sitzen uns frecher denn je auf dem Nacken.“

„Und dennoch kommt der Bote zur Nacht!“ sagte Christine voller Stolz.

„Ruf Sie den Magister her, ich bin gerade in der richtigen Stimmung, ihn zu empfangen.“

Ein Liedchen klang lustig zu dem am Fenster stehenden Schloßherrn empor.

„Verteufelt reizendes Herzchen!“ murmelte der Alte. Und mit dem Jungen immer auf Du und Du gewesen.“ Dann wandte er sich dem Magister zu, der sich mit wiederholten Verbeugungen dem Gewaltherrn näherte.

„Ungeziefer!“ zischte es leise durch die Zähne des Grafen. Er hörte nicht, daß draußen das Liedchen jäh abbrach. Und es hätte sich doch gelohnt, dort hinab-

Wo war Christine, dem Ueberfall zu wehren, dem zusehen.

Rose jählings erlag? Die ersten Veilchen des Jahres fielen ihm zum Opfer, denn die Hände, die sie gehalten, hielt ein stürmischer Junker gefangen, der sich an dem holdseligen, blutübergossenen Jungfräulein nicht satt sehen konnte.

„Solch einen Gruß der Alten Burg laß ich mir gefallen. — Kind, was bist du hübsch geworden!“

Ulrich, der gefeierte Doktor honoris causa hatte sich die Gelehrsamkeit aus den Augen gewischt und besann sich auf was Besseres, er zog die Gespielin seiner Jugend in seine Arme und küßte sie frisch weg auf den blühenden roten Mund.

„Aber Ulrich!“

„Aber Rose!“

Hastig machte sie sich von ihm los und floh davon. Lachend sah der Heimgekehrte ihr nach und sagte befriedigt vor sich hin: „Ihr Ulrich bin ich also doch noch.“

Die Heimat hatte ihn wieder! Unter der großen Linde stand er an der vorspringenden Bastion der Burgmauer, von wo man weit ins Land blickte. Dort breiteten sich die Wälder, unter ihm lag das Dorf. Es hatte sich so dicht im Schutz der Burg angesiedelt, wie es schon die früheren Kriegszeiten verlangt hatten.

Er verlor sich in dem Anblick und konnte es nicht verstehen, daß er so lange hatte fortbleiben können. Arbeit brachte er mit — viel Arbeit! Wie köstlich würde sie ihm munden in diesem Frieden!

„Junker!! — Ach, Junker!“ rief es hinter ihm. „Christine, alte Pflegemutter! Na, weine man nicht.“

Ulrich hielt die Hüterin seiner Jugend im Arm und gab ihr einen kräftigen Kuß.

„Aber Ulrich!“ rief die Mamsell ebenso bestürzt wie Rose.

„Das Küssen liegt hier in der Luft, mein Mütterchen. Ich spür's, ich hab's bei den Wilden nicht verlernt.“

„Mir Alten schadet es nicht, Junker, aber bei den Jungen — — —“ Christine hob warnend den Finger.

„Wenn's niemand sieht!“ Ulrich lachte sie übermütig an. Da wußte die Mamsell für gewiß, was die Augen Roses ihr verraten hatten, die soeben wie der Wind an ihr vorbeigelaufen war.

„Wie geht's dem Großvater?“

„Gut — sehr gut. Der Herr Graf konnten die Heimkehr des Junkers gar nicht abwarten.“

„Gehen wir hu ihm, mein Mütterchen.“

„Aber nicht mehr duzen,“ bat die Mamsell, als sie mit ihrem Abgott durch die weite Halle schritt, von der eine weite Wendeltreppe nach den oberen Räumen führte.

„Nur wenn der Gestrenge es nicht hört, Mütterchen.“

„Bleiben der Herr Junker jetzt bei uns?“

„Weiß nicht wie lang!“

„Der Herr Graf müssen heiraten.“

„Heiraten!“ Ulrich lachte so hell heraus, daß die alte Halle das Echo des hier so ungewohnten Klanges schier übermütig zurückgab. Er schlug an seine breite Brust. „Nichts ist drin!“

„Ein reiches, deutsches Fräulein, Herr Graf, denn wir sind jetzt bettelarm.“

„Nun merk auf, mein Mütterchen, du sollst mich von nun an Herr Doktor nennen. Der Titel paßt ja besonders gut zu der Armut. Sag's den andern auch. Ist der brave Weller noch gut zuwege?“

„Dort steht er und wischt sich die Augen.“

„Weller! Kommen Sie her, alter Knabe. Ich bin es wirklich. Ihre Augen sehen richtig.“

„Junker! — — — Herr Graf!“ Der alte Diener bückte sich nach Ulrichs Hand und küßte sie.

„Nicht Junker, Alter, nicht Graf, ihr sollt mich Doktor nennen, verstanden?“

Der Alte nickte nur, er konnte vor Erregung kein Wort hervorbringen.

„Melden Sie mich beim alten Herrn.“

Christine sah den beiden nach und schüttelte den Kopf. Nur Doktor, nicht Graf! „Sie“ nicht „Er“. Wohl eine neue Mode! Mir soll's recht sein, das Herz sitzt meinem Ulrich doch noch auf der alten Stelle.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung

Unser Kampf.

-s- Es geht kein Tag vorüber, an dem nicht mehrere Meldungen von Ueberfällen auf Nationalsozialisten und Stahlhelmer eingehen. Schon einmal haben wir unserer Meinung Ausdruck verliehen, daß sich Deutschland im Zustande eines latenten Bürgerkrieges findet. Die Regelmäßigkeit und die immer erkennbarer werdende Planmäßigkeit steigern langsam aber stetig die Unhaltbarkeit der herrschenden Zustände. Aufgehetzt durch gemeine Lüge und Entstellung geben sich deutsche Arbeiter dazu her, die Schildträger Moskaus zu sein. Wie würde es heute in Deutschland aussehen, wenn nicht wir Nationalsozialisten mit unserem großen Führer Adolf Hitler alles daran setzten jede tätliche Herausforderung zu unterlassen. In hunderten von Fällen läßt sich der unwiderlegbare Beweis erbringen, daß nur allein die Mordkommune schuldig ist.

Wir haben für Bekämpfung politischer Ausschreitungen zur Befriedung des öffentlichen Lebens eine besondere Notverordnung von Herrn Brüning erhalten, die sich bis heute noch nicht gegen unsere Angreifer, die alle Ruhe und Ordnung zerstörenden Kommunisten ausgewirkt hat. Dazu trägt zum großen Teil die sogenannte bürgerliche Presse bei und zwar dadurch, daß bei den gemeinen Rohheitsakten, stets nur von Zusammenstößen „Rechts- und Linksradikaler" geschrieben wird, ohne das Ding beim richtigen Namen zu nennen. Durch halbe und entstellte Berichte hat die deutsche Oeffentlichkeit nie ein klares Bild darüber bekommen, daß wir Nationalsozialisten stets gewillt waren jedes Blutvergießen und Ueberfälle auf politisch Andersdenkende zu vermeiden. Es scheint so als ob sich die Federn der Journaille stets streubten, das Wort Nationalsozialisten zu schreiben, wenn die Möglichkeit bestand, über uns berichten ohne uns mit Dreck bespritzen zu können. Und wenn es bis heute eine hohe Brüningregierung nicht nötig hatte, ganz entschieden gegen die rote Mordpest Front zu machen, so liegt die Schuld daran wiederum bei dieser edeldemokratischen bürgerlichen Presse, die es verstanden hat durch diese Taktik der verschleierten Berichterstattung die öffentliche Meinung umzufälschen. Schon lange hätte dem Treiben der roten Moskaujünger Einhalt geboten werden können, wenn durch klare Erkenntnis des wahren Sachverhalts ein rücksichtsloser Kampf gegen die täglich in die Erscheinung tretenden politischen Ausschreitungen geführt worden wäre, wozu die Notverordnung jede Handhabe bietet.

Da man aber unserer Organisation gegenüber kein Verbotsargument finden kann, glaubt man unsere in stetigem Wachsen begriffene Presse mundtot machen zu müssen. Fünf nationalsozialistische Zeitungen sind verboten. Als erste Tageszeitung hat der „Angriff" daran glauben müssen und anschließend die „Hessische Volkswacht" Kassel, beide wegen der zur Genüge bekannten Fernebildgeschichte aus dem Berliner Polizeipräsidium. Damit aber nicht genug, es folgten in der letzten Woche der „Heidelberger Beobachter" und die „Niederrheinische Tageszeitung" sowie eben das Verbot der „Neuen Nationalzeitung" in Augsburg.

All diese Verbote machen uns aber nicht klein. Wir haben noch nie so gute Werber für den Nationalsozialismus gehabt als diese amtlichen Verbote, als all diese Knebelungsversuche zur Niederringung einer Bewegung, die es sich zum Ziele gesetzt hat, das deutsche Land und deutsche Volksgenossen aus den Klauen des Internationalismus und seiner Fronvögte zu befreien.

Planmäßiger Feuerüberfall.

SA.-Mann Dandes schwer verletzt.

Im Anschluß an eine glänzend verlaufene Versammlung in Solingen-Wald, organisierte die Mordkommune planmäßige Ueberfälle auf SA.-Leute. In Solingen-Wald rief ein SA.-Mann die SA. zu Hilfe, weil die Bolschewisten sein Haus belagerten. Als die SA. heranrückte, erfolgte von zwei Seiten ein planmäßiger Feuerüberfall der bolschewistischen Straßenbanditen. Dabei wurde Parteigenosse Helmuth Dandes durch einen Lungenschuß schwer verletzt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Rote Bestien.

Frankfurt a. M. Hier wurde ein nationalsoz. Zeitungshändler von Kommunisten angepöbelt, dann angegriffen und niedergeschlagen. Das Gesindel versetzte dem wehrlos am Boden liegenden noch Fußtritte und ergriff die Flucht, als aus einem benachbarten Lokal dem Ueberfallenen Leute zur Hilfe eilten.

Feiger Ueberfall.

Bad Doberan. Am letzten Sonntag wurde ein SA.-Mann, der nach Doberan fahren wollte, im Stadtsofort von Mordbanditen angegriffen, durch einen Schlag betäubt, vom Wagen heruntergerissen und dann in bestialischer Weise mißhandelt. Wieder einmal waren es Kommunisten, die hier einen völlig Wehrlosen planmäßig überfielen und ihn so zurichteten, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Selbst Leute, die unserer Bewegung fernstehen, gaben der Hoffnung Ausdruck, daß diesen Mordgesellen die gerechte Strafe zuteil wird.

Revision für Gregor Strasser.

Leipzig. Vor längerer Zeit war bekanntlich unser Parteigenosse Gregor Strasser vom Landgericht 3 in Berlin viermal wegen „öffentlicher Beleidigung durch die Presse" gegenüber Ministern und Beamten des Reiches zu Geldstrafen von 500 bezw. 600 Mk. und zu Gefängnisstrafen von einem bezw. drei Monaten verurteilt worden. Gregor Strasser hatte in allen Fällen Revision eingelegt. Das Reichsgericht hat jetzt dieser Revision stattgegeben und die Angelegenheit unter Aufhebung der angefochtenen Urteile an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Revolver, Dolche, Totschläger, Seitengewehre

Komune versucht unsere Deutsche Tagung im Blut zu ertränken.

Siegburg, 10. Juni. Unser in Siegburg stattgefundener Deutscher Tag war von dem organisierten Untermenschentum der Kommune zu einer **großangelegten Bürgerkriegsübung** ausersehen worden.

In ihrer maßlosen Angst, daß der Nationalsozialismus die letzten noch verführten Arbeiter wieder in die deutsche Front eingliedern werde, hatten die roten Bonzen schon seit Wochen alle Vorbereitungen getroffen, **um unseren Deutschen Tag in einem Meer von Blut ersticken zu lassen.** Funktionäre hatten das Land bereist und den moskowitischen Fremdenlegionären den Auftrag gegeben, unter keinen Umständen die Kundgebung stattfinden zu lassen. **Ein vollkommen ausgearbeiteter Plan** lag der Aktion zugrunde.

Im letzten Augenblick gelang es, den **kommunistischen Stoßtrupp,** der von weither zusammengezogen war, auszuheben, als er sich in einer Scheune zusammengefunden hatte, um unsere S.A. **zu überfallen,** wenn **sie auf dem Propagandamarsch einen Hohlweg passieren** mußte. **Bei den Mordbuben wurden Waffen aller Art, Revolver modernster Konstruktion** — durchweg derselben Fabrikmarke (!!!) —, **Totschläger, Dolche, Seitengewehre, feststehende Messer, Schlagringe** und andere Waffen des geistigen Kampfes gefunden!

Die 175 Mann wurden durch drei Ueberfallkommandos der Kölner Schupo festgenommen und in das Zellengefängnis gebracht. Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, waren zwei große Körbe kaum in der Lage, die Waffenmengen zu fassen.

Bezeichnend ist es, daß die Kommunisten, die nicht festgenommen worden waren, die aber noch in recht erheblicher Anzahl an bestimmten Punkten der Stadt standen, es nicht wagten, auch nur einen Zuruf zu machen. Die eiserne Disziplin unserer über **700 Mann starken S.A.** vertrieb den Burschen wohl ein für allemal die Lust, deutsche Arbeitsmenschen zu provozieren.

Wieder 8 Schwerverletzte.

Organisierte Mordtaten der Kommunisten unter den Augen der Polizei.

Die Standarte des oberschlesischen Industriebezirks der S.A. veranstaltete am Sonntagvormittag einen Werbemarsch durch Beuthen (O.-S.) mit einer anschließenden Kundgebung. Die Beuthener S.A. hat es deshalb so überaus schwer, weil das rote Mordgesindel hier überaus stark und aus der Aufstandszeit her gut organisiert ist.

Nachdem mehrere S.A.-Männer erheblich verletzt wurden, und ein Zeitungsverkäufer halbtot geprügelt wurde und die Polizei sich immer noch nicht anschickte, gegen das Untermenschentum vorzugehen, vielmehr die S.A. immer noch darauf ansah, ob sie nicht verbotene Hosen oder Hemden trägt, wurde das Zeichen zum Halten gegeben und die Hindenburger S.A. räumte in Sekundengeschwindigkeit die Straße, um den Durchgang freizumachen. Der weitere Marsch der S.A. durch die Stadt gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug.

Inzwischen hatte sich das rote Mordgesindel auf dem Moltkeplatz angesammelt. Als die S.A. auf dem Platz aufmarschierte, wurde sie mit Steinen und Nieder-Rufen empfangen. Als die S.A. auf dem Platz Aufstellung genommen hatte, drängten die roten Banden nach und stürzten sich auf vereinzelt stehende S.A.-Männer, die furchtbar zugerichtet wurden.

Acht S.A.-Männer wurden unter den Augen der Schupo verletzt. Als der kommandierende Hauptmann der Schupo immer noch keine Anstalten machte, den Platz von dem roten Mordgesindel zu räumen, begab sich Sturmführer Maules zu ihm und erklärte, daß er, falls der Platz nicht sofort von der Schupo geräumt würde, die S.A. einsetzen würde, um den Platz zu räumen.

Erst jetzt gab der Hauptmann den Polizeibeamten ein Zeichen, auszuschwärmen und den Platz zu räumen. Die S. A.-Männer haben also zum großen Teil dem viel zu späten Eingreifen der Schupo ihre Verletzungen zu danken.

Kampfunfähig gemacht.

Als am Mittwoch morgen der Sonderzug, der die deutschen Minister wieder nach Berlin brachte, unter den Klängen von „Muß i denn" der Bordkapelle der „Europa" aus der Halle lief, verhielt sich das auf dem Bahnsteig wartende Publikum auffallend zurückhaltend. Sobald der Zug jedoch die Waschanstalt des Norddeutschen Lloyd und die große Drehbrücke passierte, ereignete sich ein Zwischenfall, wobei Nationalsozialisten „Deutschland erwache!" riefen, während die Kommunisten Schmähruse gegen Brüning ausbrachten und im Chor „Nieder mit Brüning!" riefen. Wie weiter bekannt wird, hatten Nationalsozialisten ein Motorboot gemietet, mit dem sie bei den Anlegungsmanövern des Ozeanriesen vor der Columbuskaje herumfuhren. Vor der Ankunft der „Europa" am Columbus-Pier wurde von der preußischen Schutzpolizei (dem früheren Reichswasserschutz) das Motorboot mit vier Nationalsozialisten, die anscheinend bei der Ankunft des Schnelldampfers demonstrativ hervortreten wollten, beschlagnahmt. Das Boot wurde ins Schlepptau genommen, die Insassen verhaftet, aber später wieder freigelassen. Diese vier Nationalsozialisten stellten sich dann bei der Waschanstalt des Lloyd auf und entrollten eine Hakenkreuzfahne. Als die Polizei die Fahne abnehmen wollte, setzten sich die Nationalsozialisten zur Wehr. Daraufhin griffen die Beamten zum Gummiknüppel und machten den Redakteur der „Sturmwelle" kampfunfähig. Alle vier Nationalsozialisten wurden verhaftet und dem Polizeigefängnis zugeführt.

Hagen i. Bez. Osnabrück. Trotz marxistischer und zentrümlicher Wühlarbeit sprach in gut besuchter Versammlung Pg. Marseer. Es konnte eine Ortsgruppe mit einer SA-Abteilung gegründet werden.

SA Ecke

SA. Emden marschiert.

Kundgebungen politischer Verbände sind in Emden selten geworden, seitdem die Not verordnet ist. Als Mitte Mai das Reichsbanner mit viel atonaler „Musik" und wenig Beteiligung durch die Emder Straßen zog, da blieb wohl hier und da jemand stehen und ließ die mit vergrämter Miene einhertrottenden Emder Prominenzen an sich vorüberziehen, es ging aber keiner mit. Den Zug begleitete ein großes Schupo-Aufgebot. — Wozu eigentlich? — Diesen „harmlosen" Menschen tut doch niemand etwas. — Hinter dem politischen Trauerzuge fuhr am Delft ein Auto mit leeren Bananen-Kisten und der Aufschrift: „Eßt mehr Früchte und Ihr bleibt gesund". Das war sicher nur ein Zufall, aber doch eine beherzigenswerte Mahnung für Hörsings Freischaren, denn wer seinen Durst mit scharfen Sachen stillt, bekommt sehr leicht das „trilirium demens" und trübt seinen Blick für politische Erkenntnisse.

Welch einen Gegensatz zu dieser trauerklöterigen Demonstration marxistischer Verbohrtheit bildete der Propagandamarsch unserer SA. am 27. Mai — trotz aller Verbote und Polizeischikanen.

Einen geschlossenen Umzug hatte der Herr Oberbürgermeister gnädigst gestattet, aber jede Propaganda ausdrücklich schriftlich untersagt. Er verbot das Tragen von Braun- und Weißhemden, das Mitführen von Fahnen und Schildern, das Singen von Kampfliedern und das Ausbringen von Rufen. — Alle Beschwerden nutzten nichts. — Der Polizei-Obermeister berief sich auf Anordnungen des Regierungspräsidenten — und nun ging die verbotene Sache los. Voran die langen Kerle, prächtige Friesengestalten. — Neben dem Zuge sammelten sich bald zahlreiche Freunde unserer Bewegung und die begeisterte Emder Jugend. — Gesungen wurde nicht, aber man hatte nicht mit der schon oft bewiesenen Pfiffigkeit der Nazis gerechnet und, da das Pfeifen ja nicht verboten war, so wurde der Polizei eins gepfiffen, daß es eine wahre Lust war. — Unsere mitmarschierenden Freunde und die Jugend kannten die Melodie und den Text des Horst-Wessel-Liedes, und diese sangen nun nach Herzensdlust mit. — Immer mehr Volk schloß sich dem Zuge begeistert an' — Immer neue Lieder erklangen, von der SA. gepfiffen und gesummt, vom Volke gesungen. — Die Polizei fuhr im verdeckten Auto hinter und neben dem Zuge und äugte und horchte, ob nicht doch ein SA.-Mann sang, um den Zug auflösen und damit der für sie äußerst faalen Situation ein Ende machen zu können. Nur mit Mühe konnte sich das Auto schließlich zwischen den Menschenmassen und Radfahrern noch einen Weg bahnen. — Einige offenbar betrunkene marxistische Schreihälse, die angesichts dieser Volksbegeisterung ihre Aussicht auf ein Tscheka-Hauptmanns-Bahntje in „Sowjetdeutschland" schwinden sahen, brüllten die disziplinierte SA.-Truppe wütend an, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden, die freilich auch mit der Kontrolle der S. A.-Kinnbacken zu stark beschäftigt war.

Bei unserm SA.-Heim endigte der Zug. — Alle SA.-Leute waren weggetreten als spontan aus hunderten von Kehlen nochmals das Horst-Wessel-Lied erklang. Hochrufe auf Hitler und Deutschland, von der Volksmenge ausgebracht, beschlossen die Kundgebung. Gegen diesen Volksprotest war die Polizei machtlos. Man mußte sich damit abfinden. —

Es nutzt eben alles nichts mehr. — Der siegreiche Vormarsch unserer Bewegung ist nicht mehr aufzuhalten, und wenn auch die Regierungs- und Polizeigewalt in den Händen eines demokratischen Regierungspräsidenten noch mit allen Mitteln und Mittelchen dagegen wütet? — Oldenburg hat den Demokraten bereits die rechte Quittung gegeben — Ostfriesland folgt. Heil!

Gegen Hühneraugen

Hornhaut, verdickte Hornschwielen an Händen und Füßen hat sich „Leolin" als sauberstes und bequemstes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Hautwucherungen bestens bewährt. Packung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Die internationale Bourgoisie im Dienste der Sowjetrepublik.

Die „Schweizerische Bauernzeitung" schreibt:

„Immer deutlicher zeigt es sich, daß die bürgerliche Welt den Kampf mit der Sowjetrepublik aufgegeben hat. Der Russe hält der kapitalistischen Dogge eine Wurst hin, und diese kann nicht widerstehen. Man sieht nicht, was ein erstarktes Rußland für den Weltfrieden und die Zukunft des Bürgertums bedeutet. Man hilft mit, den Fünfjahrsplan zu retten und die rote Armee auszurüsten. In Deutschland garantiert nun sogar das Reich für die Bezahlung der Lieferungen an Rußland. In Bern ist vom Bundesratstisch aus erklärt worden, die russische Einfuhr schade uns nicht, und man habe ein großes Interesse am Exporte nach Rußland. Wahrscheinlich wird man die projektierte Exportkreditversicherung auch noch für die Ausfuhr nach Rußland benützen wollen. Man lehnt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ab, aber die Geschäfte möchte mna nicht fahren lassen.

Zur Entschuldigung sagt jeder, wenn ich es nicht mache, so bekommt der andere das Geschäft. Der Völkerbund aber drückt beide Augen zu und bittet die Bolschewiki, wie übrigens auch das Internationale landwirtschaftliche Institut dies getan hat, ihre Delegierten zu den internationalen Beratungen zu schicken. Da und dort machen etwa noch kirchliche Kreise einen schwachen Versuch, gegen die Beziehungen mit Rußland zu protestieren. In der Presse wird in letzter Zeit etwas mehr auf die Gefahren der Erstarkung Rußlands hingewiesen. Aber wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben. Der Kampf gegen Rußland ist erledigt. Das internationale Großkapital erklärt: Wir wollen Geschäfte machen und — apres nous le deluge."

Diese Behauptungen sind durchaus richtig. Aber nicht nur das internationale Großkapital hat die Waffen vor Sowjetrußland gestreckt, sondern das deutsche Bürgertum wagt sich bereits nicht mehr gegen den Kommunismus zu wehren, es fängt bereits an, kommunistisch zu denken und sich an den Bolschewismus zu gewöhnen. Diese Entwicklung sich weiter fortsetzen zu lassen und zu verhindern, ist die Hauptaufgabe des Nationalsozialismus.

Schmutzfinken.

Der kommunistische „Berlin am Morgen" begrüßt die Einweihung des Ehrenmals für die Gefallenen des Weltkrieges Unter den Linden mit folgendem Gedicht:

Grabmal des unbekannten Soldaten!

„Wein' dir nun die Auglein rot,
Röschen auf der Heide . . . ."
dein Soldat liegt lang und tot
mitten im Getreide . . . . .

Vögel pfiffen im Gehalm
scharfe Melodien:
Im Granaten Krach und Qualm
mußt' er niederknien!

So ein Spaten nutzt nich viel.
Eh' man sich vergraben,
traf die Kugel doch ihr Ziel:
ihn und Kameraden!

Bauer hat das Grab umpflügt;
sprach: „Wie ungelegen!
Daß er mir im Wege liegt . . . . ."
— Tat das Kreuz ihm nehmen!

Doch das Grab erkennt man noch
heut' nach 15 Jahren:
Wo der Tote liegt im Loch,
dick die Aehren waren . . . .

Heldenlieder tönen laut,
um den, der vergraben . . . . .
Exzellenz, noch stramm gebaut,
dankt dem Kameraden . . . . .

Leider hört's der Tote nicht;
würde sonst schön fluchen:
„Schmus! der General, der spricht,
mußt nicht Kugeln suchen . . . ."

Robert Kambrik.

„Arbeiter"-Staat Sowjetrußland.

Kommunistische Diskussionsredner, meist der Revolutionären Gewerkschaftsopposition angehörend, die uns in Betriebszellenversammlungen gegenübertreten schildern als Ziel der komm. Arbeit in Deutschland einen deutschen Sowjetstaat, der Aehnlichkeit mit Sowjetrußland aufweist. Und dieses Sowjetrußland soll nach der Meinung der Kommunisten deshalb so nachahmenswert sein, weil mit Sowjetrußland angeblich der erste „sozialistische Arbeiterstaat" erstand. Wir wollen an Hand nicht hinwegzuleugnender Tatsachen beweisen, wie wenig Rechte der Arbeiter in Rußland hat. Diese Rechtlosigkeit des russischen Arbeiters wird in keinem kapitalistischen Staat übertroffen.

Als die Bolschewiki die Herrschaft ergriffen, verkündeten sie die Diktatur des Proletariats. auch in der Wirtschaft. Die Betriebsräte wurden zu Herrschern des Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher usw. sollten ein den allgemeinen Arbeitslohn nicht übersteigendes Gehalt haben, die Akkordarbeit wurde abgeschafft. Aber kaum drei Jahre später, 1921, warf Lenin das Steuer vollkommen herum, und die Arbeiterschaft geriet unter Verhältnisse, wie man sie in anderen Staaten in der Hochblüte des Kapitalismus nicht schlimmer erlebt hat. Lenin forderte und setzte durch:

die Abschaffung der Rechte der Betriebsräte und Diktatur der Betriebsleitung im Betriebe,
die Gewährung hoher Gehälter an die Betriebsleiter. Lenin sagte: „Um Fachleute zu gewinnen, müssen wir auf eine sehr hohe Bezahlung der Dienstleistungen eingehen",
Die Einführung einer strengen Disziplin in den Betrieben. Hierzu sagte Lenin: „Heute fordert dieselbe Revolution die widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses",
die Einführung der Akkordlöhne,
die Einführung des Taylorsystems,
die Anpassung der Löhne an die allgemeinen Arbeitsergebnisse der Fabrik.

Und wie stehen in Sowjetrußland die Kommunisten zu den Gewerkschaften? — Der Kommunismus sieht in den Gewerkschaften kein Organ zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sondern „Hilfsorgane des kommunistischen Staates." In Rußland sind die Gewerkschaften nicht selbsttätige und sich selbst verwaltende Organisationen der Arbeitnehmer, sondern ein Teil des staatlichsten Apparates zur Beherrschung der Arbeitermassen „im Interesse der Produktion". Daher wird Zwangsmitgliedschaft gefordert. Die Gewerkschaften organisieren Arbeitspflicht, fangen durch besondere Parteiorgane die von den Betrieben flüchtenden Arbeiter und bestrafen alle Verstöße gegen die „Arbeitsdisziplin", selbst den Streik. Die „Disziplinargerichte" der Gewerkschaften verurteilen „aufsässige" Arbeiter zu wochenlanger Zwangsarbeit. Der Streik ist zum Staatsverbrechen gestempelt.

Den „Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands", veröffentlicht in der „Prawda" vom 17. Januar 1927, entnehmen wir:

„Alle Einmischung von Gewerkschaften in ein Unternehmen muß als schädlich und unzulässig betrachtet werden. Die Fabrikleitungen müssen selbständig das Ausmaß der Arbeitslöhne, der Rationen, der Arbeitskleidung und jeder anderen Art von Versorgung bestimmen können. Dabei muß der Leitung die größtmöglichste Bewegungsfreiheit gelassen werden."

Darum erfolgte die Herabsetzung der Löhne in Sowjetrußland aus „produktionstechnischen Gründen". Tarife spielen überhaupt keine Rolle mehr. — Das russische Gewerkschaftszentralblatt „Trud" schrieb in Nr. 39 des Jahrgangs 1922:

„Der allrussische Gewerkschaftliche Zentralrat mußte das System der Herabdrückung des Arbeitslohnes in den Staatsbetrieben durchführen".

Streiks werden rücksichtslos niedergekämpft. Teilnehmer des Streiks werden sofort entlassen. Den Betriebskommissionen der Arbeiter ist eine Diskussion über die Liste der zu Entlassenden untersagt. — Die verstaatlichten Gewerkschaften selbst beantworten Streiks einzelner Abteilungen mit Aussperrungen. Als einmal in Moskau 186 Buchdrucker streikten, wurden von der Gewerkschaft 1500 ausgesperrt.

Arbeiterschutz ist so gut wie unbekannt. Die einfachsten Schutzvorrichtungen fehlen in den meisten Fabriken. Die Betriebsräte haben kein diesbezügliches Beschwerderecht. — In der Gummiwarenfabrik Petersburgs (10 000 Arbeiter)konnte eine jahrelang geforderte Ventilation erst 1927 fertiggestellt werden. — Der „Trud" vom 9. Januar schreibt über die Bergwerksbezirke des Donez:

„Ventilation, medizinische Hilfe, Wasserversorgung, Badegelegenheit und dergleichen fehlen vollständig. Die Arbeitsgesetze in bezug auf Arbeitszeit, Ruhepausen, Jugendschutz, Ueberstunden werden nicht eingehalten."

Die Vorgesetzten werden zu Scharfmachern gedrillt. Ein amtliches Schriftstück von 1920 diene als Beweis:

„Zur Liquidation des Streiks in den Werkstätten der Moskau-Kursker-Bahn (Nr. 840, 5. 4. 20.) Auf Grund des Vortrages der besonderen Kommission befehle ich:

1. Kommissar Jfaew für nicht genügend bewiesene Energie gegen Streik 14 Tage Arrest und Dienstentlassung.

2. 5 Meister und Gehilfen für passives Verhalten je 1 Monat Arrest.

3. Alle Arbeiter, und zwar 123 Mann, die aktiv am Streik teilnahmen, sind der Außerordentlichen Kommission zu Zwangsarbeiten zuzuführen.

Der Vorsitzende: gez. Rosenholz."

Ist das dein Ideal deutscher Arbeiter, wofür du uns totschlägst. Willst du auch in Deutschland nach der Pfeife der **Rosenhölzer, Veilchenblütler, Jfraelsöhne usw. tanzen. Wenn diese Brüder auf dem Trekker sitzen und du deutscher Arbeiter davor, ist nämlich der Bolschewismus erreicht.**

Pfui Teufel.

Aus Breslau wird der BBZ. geschrieben: Wie jetzt bekannt wird, hat die hiesige Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft" anläßlich des Breslauer Reichsfrontsoldaten-Tages des Stahlhelms die unglaubliche Würdelosigkeit besessen, an Polen eine „Begrüßungsadresse" zu senden, in der es u. a. wörtlich heißt:

Die Breslauer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft (Bund der Kriegsdienstgegner) sendet anläßlich des sogenannten „Frontsoldatentages" des Stahlhelms ihren polnischen Freunden mit besonderer Herzlichkeit ihre brüderlichen Grüße. Sie erachtet die Wahl Breslaus als Aufmarschplatz des Stahlhelms für eine unerhörte Provokation des polnischen Nachbarn, mit dem alleinigen Zweck, künstlich eine Kriegsstimmung zu erzeugen. (!)

Solche Brüder gönnen wir den Polen von Herzen. Ueber diese Gemeinheit und Verleumdung sich ereifern? Das lohnt nicht. Daß die Pazifisten aber versuchen, den Polen als Propagandastoff eine neue Schuldlüge gegen Deutschland zu liefern, das verrät Beziehungen, für die sich einmal die Reichsregierung interessieren sollte. Vielleicht tut das Herr Trebiranus im Rahmen der Osthilfe?

Beamtentum und Notverordnung.

Artikel 129 der Verfassung des Deutschen Reiches: „Die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich."

Wenn wir diese Bestimmung der Reichsverfassung als Ausgangspunkt unserer Ausführungen wählen, geschieht es nicht, um alles, was mit dem Gesamtbeamtentum zusammenhängt, zu sanktionieren. Die Anführung der obigen Bestimmung soll den Beamten zeigen, was ihnen nach der Revolution versprochen wurde, und was das heutige System den Beamten, trotz der Versprechung, bietet.

Nach der Revolution waren es insbesondere die jetzige „Staatspartei" und die Sozialdemokratie, die versuchten, die Beamtenschaft in ihr Schlepptau zu nehmen. Mit einem Riesenaufwand an Ueberredungskunst wurde der Beamte von diesen Seiten überrannt. Der jetzigen „Staatspartei" gelang es seinerzeit, unter Aufziehung der Beamtengewerkschaften durch demokratisch eingestellte Beamte, einen starken Teil der Beamtenschaft für sich zu gewinnen. Dies ist der Grund für den Aufschwung, den die demokratische Partei in den ersten Jahren nach der Revolution hatte. Aber alle Erfüllungsparteien, von denen die jetzige „Staatspartei" eine der schärfsten ist, können nicht eine einzige Versprechung der Revolutionszeit halten. Wir haben diese Tatsache immer und immer wieder dem Volke gepredigt. Und die Beamtenschaft beginnt jetzt auch allmählich einzusehen, daß die Erfüllungsparteien eine Rettung Deutschlands nicht bringen können; daß die Erfüllungsparteien die Zukunft des deutschen Volkes, und damit des Beamtentums vernichten. Ein wahres Berufsbeamtentum ist nur in einem gut geleiteten, gesunden Volksstaat nationalster Prägung existenzgesichert. In einem Staat, der nur noch Ausbeutungsobjekt fremder Mächte ist, der von Vertretern solcher Parteien geleitet wird, die die Tributerfüllung als erstes Gebot betrachten, muß das wirkliche Berufsbeamtentum langsam aber sicher zusammenbrechen.

Solange der Staat noch in der Lage war, seine Anleihen und immer stärkere Steuerbelastung des Volk-Tributverpflichtungen durch Aufnahme ausländischer kes zu erfüllen, trat diese Tatsache noch nicht offen in die Erscheinung. Die nationalsozialistisch gesonnenen Beamten sagten schon seit langen Jahren die jetzt eingetretene Entwicklung voraus. Denn mit dem Zeitpunkt, an dem der Staat dazu übergehen mußte, seine Tributverpflichtungen aus eigenem Können, ohne ausländische Anleihen als Hilfsmittel zu erhalten, zu erfüllen, mußte die Ausgabensenkung der Etats der Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden einsetzen. Dieser Zeitpunkt ist jetzt da, und mit brutaler Gewalt setzt die Eintreibung der Tributgelder da ein, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist. Und dieser geringste Widerstand ist im Augenblick neben anderen Kreisen hauptsächlich bei der Beamtenschaft zu finden. Wir haben immer behauptet, daß die Vertretung der Beamtenschaft niemals die Kraft aufbringen wird, einem Angriff auf das Beamtentum energisch entgegenzutreten, da die Leitungen der Beamtenbünde usw. ja Geist vom Geiste der Regierenden sind. Die Leiter der Beamtenbünde sind im politischen Leben auch Erfüllungspolitiker und müssen deshalb das anerkennen, was die Erfüllungspolitiker in der Regierung machen. Die Proteste der Beamtenbünde sind leeres Gerede, da ja nicht der feste Wille hinter diesen Protesten steht, energisch gegen die Eingriffe in das Berufsbeamtentum anzugehen. Weshalb fordern die Leiter der Bünde und Verbände der Beamtenschaft nicht ganz energisch von der Regierung die sofortige Aufrollung des Tributproblems, da dasselbe doch der Urgrund zu den Gehaltskürzungen ist? Die wirkungslosen Proteste werden nur erhoben, um den Anhängern im Lande sagen zu können, daß tatsächlich was unternommen wurde.

Eine Ironie unserer Nachkriegszeit ist es, daß ausgerechnet der Vertreter der „Staatspartei", Herr Finanzminister Dietrich, unter stillschweigender Duldung der Sozialdemokratie die Gehaltskürzungen der Beamtenschaft vornimmt. Ein Vertreter der Partei, die doch im ganzen Lande mit der Parole von der „Erhaltung der wohlerworbenen Rechte des Berufsbeamtentums" hausieren ging. Tatsächlich geht die Kürzung der Gehälter teilweise so weit, daß die Gehälter unter die Höhe der Gehälter vor der letzten Besoldungserhöhung gedrückt werden.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß in der Notzeit eines Volkes kein Stand vor dem anderen bevorzugt werden darf. Jeder Stand hat zu gleichen Teilen die Not des Volkes mitzutragen. Solange aber die Not des Volkes nur auf dem strikten Erfüllungswillen einer Parteienkonstellation basiert, solange die weitere Verelendung dazu dient, die Tribute an das Ausland abführen zu können, damit das internationale Leihkapital seinen Rachen stopft, solange lehnen wir jegliche Gehalts- und Lohnkürzungen ab. Für derartige Tributzwecke soll die Regierung sich die Gelder bei denen holen, die an der Not des deutschen Volkes immer noch mit Riesengewinnen teilhaben.

Georg Joel.